

PROTOKOLL



Zu der auf **Donnerstag**, den **07.12.2017**, um 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Ergler, Volker (ab 18:50 Uhr, TOP 1)
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Käser, Hannah
Kempff, Bastian
Kruhmann, Torben (ab 17:50 Uhr, TOP 1)
Renner, Engelbert (ab 18:15 Uhr, TOP 1)
Ringhof, Martin (ab 17:20 Uhr, TOP 1)
Scheidel, Jörg
Schübeler, Norbert **Stv.-Vorsteher**
Weiße, Tobias (ab 18:20 Uhr, TOP 1)
Werle, Richard (ab 18:20 Uhr, TOP 1)
Winkler, Christoph (ab 18:25 Uhr, TOP 1)

SPD-Fraktion

Atris, Hussein
Häfele, Andreas (ab 18:05 Uhr, TOP 1)
Hanf, Alicia (ab 18:10 Uhr, TOP 1)
Hofmann, Klaus
Mayer-Kotlenga, Nina
Neuß, Peter (ab 18:25 Uhr, TOP 1)
Quarz, Klaus
Rihm, Dieter
Dr. Ritterbusch, Jörn (ab 17:25 Uhr, TOP 1)
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian (ab 18:50 Uhr, TOP 1)

UBV-Fraktion

Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Nordmann, Rolf
Dr. Stülpner, Henrik
Toth, Anton
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Helbig, Marcella (ab 18:10 Uhr, TOP 1)
Klee, Wolfgang
Winkenbach, Manfred
Zöller-Helbig, Helga

Fraktion DIE LINKE

Altinalan, Tugce Sebnem
Weißberger, Albert

FDP-Fraktion

Kammer, Bernhard
Jünemann, Ralf

Entschuldigt fehlten Ruth Büchler, Klaudia Forg, Beate Kempf und Ralf Kempf.

VOM MAGISTRAT:

Bürgermeister Matthias Baaß (ab 17:25 Uhr, TOP 1)
 Erster Stadtrat Jens Bolze
 Stadtrat Dieter Gross
 Stadtrat Thomas Klauder
 Stadtrat Helmut Kirchner
 Ehrenstadtrat Heinz Rohrbacher
 Stadtrat Hayrettin Vanli
 Stadtrat Günter Wolk (ab 17:30 Uhr, TOP 1)
 Stadtrat Klaus Ziegler

Entschuldigt fehlten Stadtrat Gerd Brinkmann, Stadträtin Jenny Dieter, Stadträtin Hedwig Fraas und Stadtrat Randoald Reinhardt.

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Haas, Philipp Hauptamt - **Protokoll** -
 Ewert, Andrea Hauptamt

VON DER VERWALTUNG:

Fleischer, Michael	Hauptamt	
Scholz, Herbert	Kämmereiamt	(bis 19:55 Uhr)
Rohrbacher, Stefanie	Kämmereiamt	
Schneider, Reiner	BVLA	(bis 20:25 Uhr)
Stöppel, Klaus-Dieter	KuBuS	
Hook, Jürgen	Forum der Senioren	
Kempf, Rainer	Stadtbetrieb	(ab 19:00 Uhr)

VOM AUSLÄNDERBEIRAT:

Erdogan, Nurcan Vertreterin des Ausländerbeirats

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
 Viernheimer Tageblatt (ab 19:00 Uhr)

ZUHÖRER:

1

Φ Φ Φ Φ

Stv.-Vorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 03.11.2017 (Nr. 14/2017) gab es keine Einwände.

Er verwies auf die unter Verkürzung der Ladungsfrist verschickte Vorlage „Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am Alten Weinheimer Weg“; 1. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am alten Weinheimer Weg“; 2. Satzungsbeschluss über eine Veränderungssperre“ und schlug vor, diese als neuen TOP 9 zu behandeln. Dagegen gab es keine Einwände.

Weiterhin verwies er auf die Tischvorlagen (Beiblatt, Stellenplan, Anträge der Fraktionen, Haushaltssatzung, Investitionsprogramm und „Vorlage zu TOP 1 Weitere Verfahrensweise Rathaus“).

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Haushaltsberatungen

Beschlussvorlage zu TOP 1 Weitere Verfahrensweise Rathaus

1 a. Beratung des Haushaltsplanes 2018

1 b. Investitionsprogramm 2017-2021

1 c. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 Abs. 4 HGO

2. Forum der Senioren

2 a. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 des Viernheimer Forum der Senioren

2 b. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2017 des Viernheimer Forums der Senioren

2 c. Beratung und Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2018 für das Viernheimer Forum der Senioren

3. Stadtbetrieb Viernheim

3 a. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2016 durch Herrn Dipl.-Kaufmann Thomas Aumüller, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Mannheim

3 b. Prüfung des Jahresabschlusses 2017 – Bestellung eines Abschlussprüfers

3 c. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2018

4. 1. Nachtrag zur Friedhofsordnung der Stadt Viernheim vom 16.10.2014

5. Neufassung der Friedhofsgebührenordnung der Stadt Viernheim 2017

6. Senkung der Kanalbenutzungsgebühren ab 01.01.2018

7. Erhöhung der Beförderungsentgelte im Frauennachtfahrdienst

8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 254-1 „Wildbannstraße 11“

Hier: Änderung des Durchführungsvertrages

(neu) 9. Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am Alten Weinheimer Weg“

1. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am alten Weinheimer Weg“

2. Satzungsbeschluss über eine Veränderungssperre

(neu) 10. Neuerrichtung des Spielplatzes in der Grünanlage Am Spitalplatz in Folge der Bebauung als Hospiz

(neu) 11. Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Sicherer Schulweg. Von Schule zu Schule!

(neu) 12. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

„Ultrahet – HGÜ“

Die TOPS „Beschlussvorlage zu TOP 1“, 1a, 1b und 1c wurden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten.

1. Haushaltsberatungen

Beschlussvorlage zu TOP 1 Weitere Verfahrensweise Rathaus

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters vom 30.11.2017

1 a. Beratung des Haushaltsplanes 2018

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 21.11.2017

1 b. Investitionsprogramm 2017-2021

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 21.11.2017

1 c. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 Abs. 4 HGO

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 21.11.2017

Auf o.a. Vorlagen, die Tischvorlagen und den Haushaltsplan wird verwiesen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Gutperle berichtete, dass sich der Ausschuss in zwei Sitzungen mit dem Haushalt beschäftigt habe. Rückfragen seien von der Verwaltung beantwortet worden. Man habe, wie in den Vorjahren, keine Beschlüsse gefasst, sondern überlasse dies der Stadtverordneten-Versammlung.

CDU-Fraktionsvorsitzender Bastian Kempf hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Haushaltsreden beginnen für gewöhnlich mit einem Dank an die Verwaltung. Und das hat auch seinen Grund.

Wissen Sie, solch ein Zahlenwerk, das ausgedrückt einen ganzen Aktenordner füllt, in seiner Gänze zu verstehen und richtig einzuordnen, dann vielleicht sogar noch die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, das ist für uns normale Stadtverordnete, die dieses Geschäft ja nicht hauptamtlich betreiben, mit der kompetenten Begleitung der Verwaltung wesentlich einfacher und verständlicher.

Daher an und von dieser Stelle ein recht herzliches Dankeschön für die Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsberatungen an die beiden Dezernenten, die Mitarbeiter der Kämmerei und aller beteiligten Fachabteilungen. Sie haben das wie immer hervorragend gemacht. Vielen Dank.

Alle Jahre wieder stehe ich hier an diesem Pult und sage: „Alle Jahre wieder“. Dieses Jahr scheint mir die Haushaltsberatung allerdings etwas besonders. Zum einen, weil wir auf das erste volle Arbeitsjahr nach der Kommunalwahl zurückblicken und damit auch viel besser einschätzen können, was diese neue Zusammensetzung mit mittlerweile 7 Fraktionen bedeutet.

Jetzt ist mir klar, dass man je nach Lage der Dinge – oder des Sitzplatzes hier im Haus – die veränderten Mehrheitsverhältnisse unterschiedlich einordnen wird. Aber ich meine unabhängig von der Mehrheitsfindung hat diese buntere Stadtverordnetenversammlung unserer Arbeit gut getan.

Natürlich gibt es zuweilen auch einmal Reibungspunkte, aber generell denke ich, es tut uns gut, die alten ausgetretenen Pfade auch einmal zu verlassen und neue Sichtweisen zu diskutieren und diese auch zuzulassen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl kommt schließlich nicht von ungefähr und das sollte uns ein deutliches Zeichen sein, dass auch in der Politik manchmal ein Umdenken notwendig ist.

Diese Sitzung heute ist also etwas Besonderes. Nicht nur, weil sie schon um 17 Uhr beginnt oder dieses eine Mal im Jahr auch ein reichhaltiges Buffet gereicht wird, sondern weil es um die Weichenstellungen für die Zukunft geht.

Zum einen legen wir fest, welche Projekte in 2018 mit welchen Mitteln grundsätzlich möglich sein sollen, zum anderen geht es aber auch um generelle, fast schon richtungsweisende Weichenstellungen.

Wenn alles in einem erwartbaren Rahmen verläuft, können wir mit dem dritten positiven Haushalt in Folge hoffentlich bald den sog. Schutzschirm verlassen.

Zum anderen blicken wir aber auch gehörig in die Zukunft.

Zu der Zeit, als wir vor einem Jahr hier über den Haushalt diskutiert haben, gab es hinsichtlich eines wichtigen Projekts für diese Stadt Zweifler und Ungläubige allenthalben.

Dass die CDU für die Sanierung des Rathauses eintritt, war jedem klar. Aber dass wir für dieses Projekt eine Mehrheit würden begeistern können, wurde stark bezweifelt. Umso größer war die Überraschung aber dann, als sich die Stadtverordnetenversammlung im März deutlich für eine Sanierung des Hauses ausgesprochen hat. Ich möchte an dieser Stelle einen persönlichen Dank, aber auch den aller meiner Fraktionskollegen, aussprechen an diejenigen Kollegen von WGV, FDP und UBV, die sich im Frühjahr zusammen mit uns in einem mutigen Schritt auf den Weg gemacht haben. Für Ihr und für Euer Vertrauen, für den Zusammenhalt in manch hitziger Minute und vor allem für unzählige konstruktive und sachorientierte Beratungen in größerer und kleinerer Runde.

Danken will ich aber auch allen, die das Projekt heute tragen. Den Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung, aber auch Herrn Bürgermeister Baaß für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Das wird der Sache gut tun – und damit den Mitarbeitern, den Besuchern dieses Hauses, und nicht zuletzt auch den Stadtverordneten.

Es ist einfach an der Zeit und ich freue mich sehr, dass wir nun mehrheitlich an einem Strang und vor allem in die gleiche Richtung ziehen.

Ich habe immer an die Realisierung geglaubt und ich sage Ihnen, wir hätten die Sanierung auch ohne den Geldregen aus der Hessenkasse umgesetzt, aber so ist es doch für alle wahrscheinlich deutlich einfacher.

Und auch wenn wir zugegeben noch nicht am Ziel sind, sehe ich uns doch auf einem guten Weg. Die Entscheidung, das Haus zu sanieren und auch dafür einen eigenen Ausschuss mit der Planung und Begleitung der Maßnahme zu betrauen, sie war und ist die richtige.

Mit den Geldern aus dem letzten Jahr, neu eingestellten 20.000 EUR für die notwendige Aktualisierung der Planung und einer VE in Höhe von 300.000 EUR kann die Sanierung unseres Rathauses nun haushalterisch auf den Weg gebracht werden. Eine denkwürdige, eine richtungsweisende Entscheidung. Denn hätten wir seinerzeit konsequent die gefassten Beschlüsse umgesetzt, wäre dieses Haus heute - bei mutmaßlich niedrigeren Kosten – fertig saniert. Das sollte uns für die Zukunft zu denken geben.

In die Zukunft und damit über den Tellerrand von 2017 hinaus blicken wir aber auch bei anderen Anträgen zum vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf.

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Kürzung des Ansatzes um 220.000 €; 20.000 € sollen für die bauseitige Vorbereitung von bis zu 3 Stellplätzen mit Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge zur Verfügung stehen

Wir schlagen Ihnen vor, bei der Spitalplatz Garage zunächst auf die Sanierung der Decken und Unterzüge zu verzichten – das ist nach Aussage der Verwaltung in 2018 nicht dringend erforderlich. Dafür wäre es unseres Erachtens angezeigt, zumindest die baulichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Stellplätzen mit Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge zu schaffen. Das wäre zukunftsweisend und entspräche auch den Vorgaben unserer eigenen Stellplatzsatzung. Die gilt zwar nicht zwingend für den Bestand, aber die Umsetzung dieser Maßnahme wäre in diesem Zusammenhang logisch und sinnvoll.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2018INV006 Neugestaltung Spitalplatz

Sperrvermerk

Oberhalb der Tiefgarage finden Sie im Beiblatt einen Haushaltsansatz für die Neugestaltung des Spitalplatzes. Die Verwaltung hat vorgesehen, diese Planung hausintern vorzunehmen und im Jahr 2018 den Gremien vorzustellen. Bis zur Diskussion der Fachplanung soll die Position mit einem Sperrvermerk versehen werden, um dann über Zeitpunkt und Umfang der Umsetzung zu diskutieren. Das erscheint uns angesichts der Haushaltslage sinnvoll. Am Platz selbst sollte unabhängig von der Frage des Spielplatzes, der ohne Zweifel für uns hierher gehört, etwas getan werden. Das ist offensichtlich.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßeninstandsetzungen/Erneuerungen

Streichung der Maßnahmen „Stichstraße Robert-Koch-Straße“ und „Postparkplatz“

Die Planungskosten für die Flächen in der Robert-Koch-Str. und den Postparkplatz schlagen wir Ihnen zur Streichung vor. Hier muss es andere Lösungen geben. Die Flächen wurden seinerzeit aus guten Gründen aus dem Planungsumfang herausgenommen, weil der Umbau der Innenstadt sonst noch einmal erheblich teurer geworden wäre. Und wir haben immer gesagt: Wenn wir den Kostenrahmen nicht halten können, müssen wir eben weniger bauen.

Wenn ich vorhin die Verwaltung für die gute Vorbereitung der Beratungen gelobt habe, muss ich speziell hier aber einmal Kritik üben. Quasi von hinten durch die kalte Küche wird hier ein erst einmal vermeintlich kleiner Posten aufgerufen, der aber hinterher zu Folgekosten in Höhe von mehreren hunderttausend Euro führt. Das steht dort allerdings nicht und wird erst auf Nachfrage deutlich. So sollte das nicht laufen, liebe Kollegen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Streichung der Brücke VIE09 (Edmund-Rieß-Straße) aus dem Maßnahmenkatalog und der Prioritätenliste

Bei den Brückenbauwerken halten wir die Brücke in der Edmund Rieß-Straße immer noch für entbehrlich, sie sollte aus der Prioritätenliste endgültig gestrichen werden. Und ja, auch nach der Diskussion der vergangenen Jahre: Der Haushaltsansatz sollte in voller Höhe bestehen bleiben für andere Bauwerke zur Verfügung stehen.

Mobilitätskonzept

Bereitstellung von 50.000 € zur Aufstellung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzepts

Außerdem schlagen wir Ihnen vor, ein Mobilitätskonzept für die Stadt zu entwickeln. Mit einem solchen ganzheitlichen Konzept, das die Mobilität der Bevölkerung insgesamt in den Blick nehmen soll, kann die Entscheidungsgrundlage für weitere Projekte vernünftig geschaffen werden. Das halten wir für überaus sinnvoll, um nicht Stückwerk zu produzieren, sondern einzelne Maßnahmen vernetzt zu betrachten. Es sollen einzelne Szenarien entwickelt werden. Nach Rücksprache mit 1. Stadtrat Bolze soll der Betrag von 40.000 € auf 50.000 € geändert werden.

Sie sehen, wir haben uns wirklich intensiv Gedanken gemacht über Einsparungen auf der einen und Zukunftsprojekte auf der anderen Seite.

Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung für unsere Anträge und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Daniel Schäfer hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Wenn Bürger wissen möchten, was die Stadtverordnetenversammlung überhaupt bewirken kann, dann gibt es aktuell ein gut benennbares Beispiel: Mit ihren Finanzbeschlüssen in den Jahren 2012 bis 2015 hat die Stadtverordnetenversammlung dafür gesorgt, dass unsere Stadt wieder auf soliden finanziellen Füßen steht!

Ohne unsere Beschlüsse in diesen Jahren und ihrer Wirkung in unserem eigenen Etat, ohne die Beschlüsse, die gegenüber dem Land Hessen verdeutlichten, wie schlecht es um die kommunalen Finanzen insgesamt steht, ohne all die damit verbundenen Aktivitäten, könnten wir 2018 nicht unsere Kassenkredite ablösen und würden folglich auch keine zusätzliche Investitionsförderung von 7,5 Mill. € erlangen, die nun aus der Hessenkasse in Aussicht steht. Dazu später noch mehr.

Natürlich wäre es schöner gewesen, wenn es all dem nicht bedurft hätte, wenn die hessischen Kommunen von Beginn an angemessen ausgestattet worden wären. Aber so war es eben nicht, deswegen war es nötig zu handeln. Und das haben wir gemacht.

"Wir sind noch nicht aus dem Tunnel raus“, wie es der Bürgermeister bei der Einbringung seines Haushaltsentwurfs dargestellt hat, aber das Ende ist absehbar, meine Damen und Herren, unser Plan ist aufgegangen, wir sind erfolgreich!

Dieser Haushalt ist zum Vorteil für die Bürger der Stadt Viernheim. Ich möchte hierzu einige wesentliche Punkte herausheben:

➤ *Abfall und Straßenreinigung*

Mit dem Beitritt zum Abfallzweckverband und der gleichzeitigen Übernahme der Straßenreinigung durch den Stadtbetrieb sind Abfallentsorgung und Sauberkeit auf öffentlichen Plätzen weiterhin sichergestellt. Die nötigen Ausgaben dafür sind durch Haushalts- und Wirtschaftsplan gedeckt.

➤ *Abwasser*

Mit unserem weitreichenden Beschluss zum Ausbau des Kanalsystems schützen wir das Eigentum der Bürger. Auch hierfür stellt der Plan die Ampel auf Grün.

➤ *Kitas*

Mit nunmehr über 8 Millionen € stellt die Stadt Viernheim die höchste Summe aller Geldgeber parat, um für optimale Bildung und Betreuung unserer Kinder in den Kindertagesstätten zu sorgen.

➤ *Polizei*

Die Investition in das ehemalige Postgebäude kommt zum Abschluss. Dies ist zum Vorteil der polizeilichen Infrastruktur für unsere Stadt.

➤ *Spitalplatz und Hospiz*

Mit Geld für den Umbau des Spitalplatzes wollen wir den für den Hospizbau weggefallenen Spielplatz ortsnah ersetzen und gleichzeitig für eine schöne Einbindung des Hospizneubaus in den Platz zwischen dem Forum der Senioren und dem Krankenhaus sorgen. Wir machen uns hierbei auch für einen qualitativ hochwertigen Ersatzspielplatz stark.

Der hier zu Beratung stehende Haushaltsentwurf 2018 ist erneut solide gerechnet und ausgewogen. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind angemessen und nachvollziehbar auf die einzelnen Haushaltspositionen verteilt. Und was das vielleicht wichtigste ist, er weist nach 2016 und 2017 zum dritten Mal in Folge einen Überschuss aus. Dieser ist zwar viel weniger als in den beiden vorherigen Jahren, (2016: 5,4 Mio. €, 2017: voraussichtlich 4,2 Mio. €), aber immerhin konnte auch für 2018 noch ein Plus von 500 Tsd. € eingeplant werden.

Das ist bekanntlich aus einem bestimmten Grund bedeutsam: es ist die Voraussetzung dafür, dass Viernheim aus dem Schutzschirmprogramm mit all seinen Einschränkungen entlassen und wieder unter die Kommunalaufsicht des Kreises gestellt werden kann. Ein wichtiger Schritt zur Wiedererlangung der kommunalen Selbstverwaltung. Damit hat die Stadt Viernheim die seinerzeit eingegangenen Verpflichtungen aus dem kommunalen Entschuldungsprogramm erfüllt, und zwar deutlich früher als geplant. Mehr noch. Die Stadt hat die ihr auferlegten Ziele sogar übertroffen. Dies wiederum hat dazu geführt, dass sie aus der sogenannten Hessenkasse nunmehr keine Entschuldungshilfe zum Abbau der Kassenkredite mehr benötigt und stattdessen –völlig überraschend- einen Investitionszuschuss in Höhe von 7,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt bekommt. Dies ist eine in Zahlen messbare Anerkennung der Sparerfolge unserer Stadt oder – wenn Sie so wollen - der Lohn für unsere konsequente und erfolgreiche Finanzpolitik der letzten Jahre.

Ich spare mir an dieser Stelle allzu euphorischen Dank an die Adresse der Hessischen Landesregierung. Schließlich war sie es, die die hessischen Städte und Gemeinden durch ihre rücksichtslose und kommunalfeindliche Politik finanziell hat ausbluten lassen und sich nun als Retter eben jener Kommunen feiern lässt. Bei 50 Millionen, die uns die Landesregierung in den vergangenen Jahren genommen hat, wirken die nun in Aussicht gestellten 7,5 Millionen Investitionshilfe eher als eine Art Schadensersatz, denn als eine vorweihnachtliche Wohltat. Nochmal zur Erinnerung, man kann es gar nicht oft genug wiederholen: von den 50 Millionen €, die uns ehemals vom Land genommen wurden, wurden uns mit dem "Schutzschirm" (16,5 Mio. €) und der "Hessenkasse" (7,5 Mio. €) zusammengerechnet gerade einmal 24 Millionen € zurückgegeben. Den übrigen Teil haben wir durch Einsparungen und Steuererhöhungen eigenständig erwirtschaftet.

Wie auch immer man diese Summe in einen größeren Kontext einordnen möchte, Viernheim – da sind sich wohl alle hier im Raum einig - kann dieses Geld mehr als gut gebrauchen. Ein gewisser Investitionsstau in unserer Stadt ist vorhanden. Und ich spreche dabei nicht nur über holprige Straßen, sondern über zahlreiche gute Projekte und Ideen, die allzu oft in den Schubladen der Verwaltung bleiben mussten, da

für ihre Umsetzung jahrelang kein Geld da war. Die Haushaltsdebatten der vergangenen Jahre waren geprägt und beherrscht von einem harten Sparkurs, dem Verwal- ten des Mangels und schwierigen Entscheidungen über zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürgern in Form höherer Steuern und Gebühren. Auch wenn es noch Jahre dauern wird, bis wir uns aus der finanziell angespannten Situation end- gültig befreit haben, ist – um es noch einmal mit den Worten des Bürgermeisters zu sagen - Licht am Ende des Tunnels sichtbar.

Was also tun mit diesem unverhofften Investitionszuschuss des Landes?

Es wäre ein Leichtes, hierfür sinnvolle Verwendungen in allen möglichen Bereichen des Haushaltsplans zu finden. Es quasi nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Hierüber muss noch ausführlich diskutiert werden. Politische Einigkeit scheint jedoch bereits jetzt darüber zu bestehen, dass jedenfalls ein Großteil dieses Betrages in ein Projekt fließen soll, das über so viele Jahre hinweg diskutiert, jedoch aus den ver- schiedensten Gründen immer wieder verschoben wurde: das Viernheimer Rathaus.

Es war übrigens nicht mangelnde Entschlussfreude der Stadtverordneten- Versammlung der alleinige Grund, dass das Projekt lange geschoben werden muss- te, sondern finanzieller Zwang, von der Sanierung des Rathauses Abstand zu neh- men und noch einmal ganz neu nachzudenken – auf Initiative von Bürgermeister Matthias Baaß und dem damaligen 1. Stadtrat Martin Ringhof.

Dabei sah die Situation noch vor einigen Wochen, vor dem unerwarteten Geldsegen namens Hessenkasse, noch völlig anders aus. Das Dreierbündnis aus CDU, UBV und FDP beschloss fröhlich und unbekümmert die sofortige Sanierung des Rathau- ses. Eben mal mitten in der vielleicht härtesten Schuldenkrise unserer Stadtge- schichte 12 Millionen plus X Euro für ein neues Rathaus ausgeben. Ein -wohlwollend formuliert- mutiger Beschluss.

Indes, die Finanzexperten unserer Stadtverwaltung sahen das völlig anders. Zu Recht. Ein seriöses und realistisches Finanzierungskonzept enthielt dieser Be- schluss nämlich bezeichnender Weise nicht. Trotz warnender Hinweise aus der Verwaltung, wonach das so nicht umsetzbar sein werde, schickten die Mehrheits- fraktionen unseren Bürgermeister zum Klinkenputzen ins Regierungspräsidium, um sich eine deutliche Abfuhr abzuholen. Die Reaktion war ebenso vernichtend wie ab- sehbar: Nicht genehmigungsfähig war die Antwort aus Darmstadt, wenn auch in ei- nem sehr höflichen Beamtendeutsch formuliert. Damit war man eigentlich wieder auf dem Stand wie zuvor, nämlich dass die Finanzierung einer Rathauserneuerung frü- hestens ab 2020 darstellbar sein werde, so wie es schon 2015 die „Expertengruppe Rathaus“ vorhergesagt hatte. Der jüngst erst ins Leben gerufene „Planungsaus- schuss Rathaus“ drohte zu einer trostlosen Debattierunde zu verkommen, noch be- vor er seine Arbeit aufgenommen hatte.

Dann jedoch geschah etwas völlig Überraschendes, der bereits benannte Geldsegen aus Wiesbaden.

Für uns als SPD war klar, dass dieser Investitionszuschuss eine Neubewertung der Situation inklusive der Rathausfrage erfordert.

Nun plötzlich scheint die Finanzierung des Rathauses durch die Investitionszuschüs- se aus der Hessenkasse schlagartig und zeitnah möglich. Daher haben wir uns ent- schieden, zu unserer ursprünglichen Position aus 2009 zurückzukehren und die Sa- nierung nunmehr mitzutragen.

Gleichzeitig bedauern wir es, dass die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sich nicht dazu durchringen konnte, dem Vorschlag der Expertengruppe zu folgen,

wonach die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Entscheidung der Rathauserneuerung beteiligt werden sollen. Und das obwohl die Entscheidung Pro Sanierung unter städteplanerischen Gesichtspunkten keineswegs unumstritten ist. Mit einer Sanierung dieses „hässlichen Betonriegels“, wie er schon mehrfach nicht ganz zu Unrecht bezeichnet wurde, werden auf Jahrzehnte die Chancen zunichtegemacht, das Gesicht unserer Innenstadt nach den Wünschen und Vorstellungen der Viernheimer völlig neu zu gestalten. Dass gerade die CDU-Fraktion, die immer wieder betont, wie wichtig ihr eine stärkere Bürgerbeteiligung sei, das nicht erkennt und diese historische Chance vergibt, ist gelinde gesagt unbegreiflich.

Eines ist uns jedoch beim Sanierungsprojekt ganz besonders wichtig. Trotz der Investitionszuschüsse aus der Hessenkasse werden die finanziellen Belastungen für die Stadt Viernheim enorm sein. Es bedarf weiterhin einer seriösen und soliden Finanzpolitik, um die erreichten Erfolge bei der Konsolidierung unseres Haushalts nicht zunichte zu machen. Allen voran geht es um die schon zuvor benannten drei aufeinanderfolgenden ausgeglichenen Haushalte, die es unbedingt zu erreichen gilt, d.h. einen positiven Jahresabschluss 2016, positive Haushaltszahlen 2017 und schließlich einen positiven Haushaltsplan 2018. Dies bei gleichzeitigem substanziellem Abbau der noch bestehenden Kassenkredite.

Der Haushaltsentwurf enthält nun bezüglich der Rathaussanierung zunächst eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000,-€ für das Jahr 2019 sowie einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 20.000,-€ für erste weitere Planungsschritte. Das mag in Anbetracht der Größenordnung des Projekts nicht viel erscheinen, ist jedoch der erste weichenstellende Schritt und trägt gleichzeitig eben jener finanzpolitischen Verantwortung Rechnung, die ich gerade beschrieben habe und deren wir alle hier im Raum verpflichtet sind.

Damit schlage ich den Bogen zurück zum Haushaltsplan 2018, den wir heute zu beschließen haben werden. Jetzt wo wir auf der Zielgeraden unserer Sparbemühungen sind, gibt es weiterhin keine Spielräume für finanzielle Experimente. Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf sind für uns grundsätzlich nur dann zustimmungsfähig, wenn sie durch entsprechende Sparvorschläge in anderen Bereichen gegenfinanziert sind. Der guten Ordnung halber werde ich an dieser Stelle noch nicht näher auf die gestellten Änderungsanträge der anderen Fraktionen eingehen. Darauf kommen wir später noch zu sprechen.

Bei der Einbringung des Haushalts hat sich der Bürgermeister bei den Stadtverordneten noch einmal ausdrücklich für deren Mut bedankt, einer deutlichen Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zuzustimmen, und zwar unmittelbar vor der letzten Kommunalwahl. Nicht in allen hessischen Kommunen in einer vergleichbaren Lage waren die Entscheidungsträger so verantwortungsbewusst. Auch wenn dies sicherlich nicht zur Erlangung der Wählergunst beigetragen hat, bin ich dennoch davon überzeugt, dass die Entscheidungen von damals unumgänglich waren. Erst dadurch konnte es uns gelingen, der Schuldenfalle zu entfliehen und nun sogar wieder über größere Investitionen nachzudenken, die letztlich allen Viernheimerinnen und Viernheimer zugutekommen werden. Aus diesem Grunde sage ich aber auch, dass wir die Bürger nicht vergessen dürfen, wenn wir über die Verteilung der weiterhin begrenzten Mittel entscheiden. Natürlich ist es so, dass das Rathaus schon seit etlichen Jahren zur Erneuerung ansteht. Ebenso klar ist, dass etwa die neuen Mittel aus der Hessenkasse eine wichtige Säule zur Finanzierung einer Sanierung darstellen und nur durch sie überhaupt Handlungsfähigkeit entstanden ist. Wichtig ist aber ebenfalls, dass daneben auch in anderen Bereichen der städtischen Infrastruktur, wo zu Lasten der Bürger ein Investitionsstau entstanden ist, etwas passiert.

Die SPD-Fraktion wird ihren Beitrag dazu leisten und auch in diesem Jahr dem von Bürgermeister Baaß eingebrachten Haushaltsentwurf 2018 uneingeschränkt zustimmen.

Lassen Sie mich abschließend noch meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung richten, die den Entwurf für uns erarbeitet und erläutert haben. Ganz besonders möchte ich in diesem Jahre zwei Personen herausheben.

Zum einen ist dies Bürgermeister Matthias Baaß. Nachdem er in der letzten Sitzung seinen Dank an jene Stadtverordneten richtete, die durch konsequente Arbeit und mutige Entscheidungen den Sparerfolg inklusive der daraus resultierenden Investitionszuschüsse aus der Hessenkasse erst möglich gemacht haben, ist es nun an uns, ihn für seine finanzpolitische Arbeit der letzten Jahre zu würdigen. Er hat das Schiff Viernheim selbst in rauester See als Kapitän mit ruhiger Hand und Umsicht, ohne je die Nerven oder den Kurs zu verlieren, manövriert. Stets konnte sich die Stadtverordnetenversammlung an seinen Vorschlägen und Konzepten orientieren, wie etwa bei der damals nicht unumstrittenen Frage, ob sich Viernheim freiwillig in das Schuttschirmprogramm begeben sollte. Hier wie in vielen weiteren Fällen erwiesen sich seine Einschätzungen und Vorhersagen als richtig. Ich bin davon überzeugt, dass wir heute nicht da stehen würden wo wir stehen und nun sogar über die Ratshaussanierung ernsthaft diskutieren könnten, wenn er die letzten Jahre nicht „am Ruder“ gewesen wäre. Dafür unseren Dank und unsere Anerkennung.

Die weitere Person, der ich heute besonders danken möchte, ist Herbert Scholz. Wie Sie sicher wissen, steht Herr Scholz unmittelbar vor dem Eintritt in seinen wohlverdienten Ruhestand. Mit ihm verlieren wir den zweiten Architekten unseres erfolgreichen Konsolidierungskurses. Dutzende Haushaltsentwürfe, stets seriös und schlüssig gerechnet, hatten seine Handschrift. Über die Fraktionsgrenzen hinweg war Herr Scholz jederzeit als sympathischer und vor allem kompetenter Ansprechpartner geschätzt. Als „Meister der Zahlen“ leitete er über viele Jahre sehr erfolgreich das Kämmereiamt und schaffte es immer selbst komplizierteste Sachverhalte so zu erklären, dass wir Stadtverordnete in die Lage versetzt wurden unsere Entscheidungen zu treffen.

Sehr geehrter Herr Scholz, ich darf Ihnen im Namen der SPD-Fraktion unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Es wird schwer sein, den Know-How-Verlust zu kompensieren, der durch Ihren Weggang entsteht.

Wir wünschen Ihnen, dass Sie ihren Ruhestand genießen können und wünschen Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

UBV-Fraktionsvorsitzender Walter Benz hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Wieder ist ein Jahr nahezu vergangen in dem wir doch Einiges diskutieren und entscheiden mussten.

Meine 2. Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzender der UBV an dieser Stelle wird trotzdem nicht einfacher als meine Erste im letzten Jahr, dafür wird sie etwas kürzer ausfallen.

Die UBV hat sich in den zurückliegenden Monaten auch wieder intensiv an der städtischen Kommunalpolitik beteiligt. Auch wenn die Ergebnisse nicht immer unseren Vorstellungen und Zielen entsprachen, so sind wir mit dem Erreichten zufrieden und werden gestärkt, durch den Zuspruch aus der Bevölkerung, weiter zu machen.

Widmen wir uns den einzelnen Themen zu:

Fangen wir mit der Problematik der Innenstadtsanierung an, die wir aber nicht zu sehr strapazieren möchten.

Leider sind die Arbeiten, die schon lange beendet werden sollten, noch nicht abgeschlossen. Hierzu werden sicherlich die verschiedenartigsten Gründe abgegeben, was die Ursache war. Wir werden die Angelegenheit zum gegebenen Zeitpunkt am finanziellen Ergebnis bewerten, über die Ästhetik werden sich die Bürger schon äußern, unsere Meinung hierzu ist hinreichend bekannt, die haben wir oft genug geäußert. Besonders ärgerlich ist die extreme Kostensteigerung bei den Wasserspielen. Es ist fraglich ob, sich hier eine Mehrheit gefunden hätte, sofern die tatsächlichen Kosten bekannt gewesen wären.

Der Haushalt 2018:

Die ersten Vorstellungen des Haushaltes durch unseren Bürgermeister waren mit Aussagen verbunden, was die Verantwortlichen alles Positive unternommen haben, um für eine Entlassung aus dem Rettungsschirm mit einem ausgeglichenen Haushalt zu sorgen.

Dies sollte deshalb auch ein Hauptziel des Haushaltes 2018 sein. Diesem Ziel stimmen wir vollumfänglich zu, leider müssen wir die positive Selbstdarstellung auch kritisch betrachten.

Diese positive Entwicklung ist zu einem nicht unerheblichen Teil nicht auf die Einsparungen durch die politischen Gremien zurückzuführen sondern auch auf allgemeine Entwicklungen:

- 1. Die Entwicklung der Zinsen, die eine erhebliche Entlastung des Haushaltes bewirkt hat,*
- 2. Die allgemein erhöhten Steuereinnahmen,*
- 3. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer.*

Deshalb betrachten wir diese Anschauung kritisch, möchten aber die Leistung trotzdem würdigen.

An dieser Stelle müssen aber auch die gelobt und erwähnt werden, die das Ergebnis maßgeblich ermöglicht haben, nämlich die steuerzahlenden Bürger.

Weiterhin machen wir uns Gedanken über den Stadtbetrieb.

Es wird im Zuge der Übernahme von Personal und Fahrzeuge von der Fa. Hofmann eine Kreditaufnahme von über 2 Mio. € beschlossen. So einfach möchten wir uns das nicht machen. Es wird auf der einen Seite heftig darüber diskutiert, wie die längst überfällige Sanierung des Rathauses finanziert werden kann und soll, auf der anderen Seite wird mal eben eine weitere zusätzliche Kreditaufnahme für einen 100%igen Stadtbetrieb in Angriff genommen und beschlossen. Auch wenn wir die Fahrzeug- und Personalkosten in angenommener Höhe noch erkennen und einsehen wollen, den neu zu errichtenden Gebäudekomplex sehen wir kritisch. Es stellt sich die Frage, ob hier alle Möglichkeiten der frostsicheren Unterbringung von Spezialfahrzeugen ausreichend geprüft wurden. Wir denken hier auch eine Anmietung einer beheizbaren Halle.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßenneubau lt. Programm

Die Kosten der Baumpflanzungen werden auf maximal 100.000 € begrenzt

- Beim Baugebiet „die kleinen Äcker“ sollen für über 250.000.- € Bäume in ein fertig gewachsenes Stadtgebiet zusätzlich gepflanzt werden. Es sind hier schon eine Menge Straßenbäume erkennbar vorhanden. Wie viele Bäume sollen hier für 250.000 Euro gepflanzt werden? Ob dies von der Mehrheit der Anlieger so gewünscht oder für erforderlich gehalten wird stellen wir in Frage.

- Es dürfte sicher eine Möglichkeit geben, das völlig intakte Wohn- und Gewerbegebiet ohne diese zusätzlichen Ausgaben abzurechnen. Unter Berücksichtigung des bisher noch geltenden Bebauungsplanes bitten wir die Verwaltung, die Machbarkeit zu prüfen und stellen den Antrag, die Ausgaben auf ein vernünftiges Minimum und die geplanten Kosten auf max. 100.000.- € zu reduzieren. (2009INV098/0960010 aus dem Investitionsbereich 12.5410.01)

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Mindestsanierung der Brückenbauwerke Vie01 und Vie02 über die L3111 statt Umbau in einen Kreisverkehr

Die Investitionsüberlegungen in den Kreisverkehr an der L3111 können nicht unkommentiert bleiben. Hier soll ein neuer Kreuzungspunkt als Kreisel entstehen, der die beiden Brücken Vie01 und Vie02 über die L3111 ersetzen soll. Wir vertreten den Standpunkt, dass eine Sanierung der Brücken Vie01 und Vie02, mit Blick auf die Überquerung der L3111 über die Wiesenstraße stadteinwärts oder auswärts, eine wesentlich sicherere Variante für Fußgänger und Radfahrer darstellt als eine Kreisverkehrsregelung.

Dies nicht nur aus heutiger Situation, sondern auch unter Berücksichtigung eventuell weiterer künftiger Baugrundstückserschließungen.

Im vorliegenden Haushaltsplan wird mit Beginn einer „eigentlichen Bauausführung“ des Kreisverkehrs nach dem Investitionsplan 2020 gerechnet. D.h. aus heutiger Sicht ist mit einem echten Beginn vor 2021 nicht ernsthaft zu rechnen.

Laut dem Bericht „Wege in der nördlichen Feldgemarkung / Grundlagen für Investitionsentscheidungen“ der Stadt Viernheim von 2016 ist auf der Seite 14 v. 41 festgehalten, dass für eine Mindestsanierungsmaßnahme beider Brücken ca. € 200.000 geschätzt wird, um dadurch die „grundhafte Sanierung“ um ca. 5 Jahre hinausschieben zu können.

Die Addition der bisherigen, noch nicht verwendeten, Bereitstellung und die Ersparnis des diesjährigen Betrages (50.000.- +35.000.- +35.000.-€) führt zu einer Gesamtsumme von € 120.000, mit der diese Mindestsanierung zumindest zeitnah veranlasst werden kann.

Da die Sanierung der Brücken durch die jeweilige Sperrung der Einen erfolgen wird, wird sich die Dauer auch über 2018 hinaus ziehen, wodurch der Fehlbedarf dann im Haushaltsplan 2019 eingestellt werden kann. Wir rufen die Verwaltung auf den Vorgang durch notwendige Anfragen und Angebote zu belegen und einen Vergabevorschlag vorzubereiten. (2009INV102/0960010 aus dem Investitionsbereich 12.5410.01)

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV006 Umbau KVP Mannheimer-/Karl-Marx-Straße

12.5410.01 0960010 2016INV004 Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstraße

Streichung der beiden geplanten Kreisverkehrsplätze

Die Planungen an den Kreuzungen Weinheimer- Mannheimer- Karl Marx Straße und an der Kreuzung Karl Marx- und Rathausstraße, an diesen beiden Kreuzungen Kreisverkehre vorzusehen, ist nach unserer Einschätzung nicht nützlich. Die vorhandenen Flächen sind für eine sinnvolle Lösung zu klein. Daher lehnen wir diese beiden Haushaltspunkte ab und verweisen auf unseren Antrag zum Haushalt. (2012INV006/0960010 und 2016INV004/0960010 aus dem Investitionsbereich 12.5410.01)

Wenn die Rathausstraße eine Fahrradstraße werden soll, ist ein Kreisverkehr sowieso einsparbar. Ohne ein komplettes Verkehrskonzept ist diese Sache zu überdenken.

Beim Bannholzgraben II war zur Erschließung des neuen Baugebietes eine Umgehungsstraße im Gespräch. Wir vermissen im Haushalt einen solchen Ansatz und setzen voraus, dass diese Notwendigkeit im Rahmen der Generalplanung Berücksichtigung findet. (V11)

Die Sanierungsmaßnahmen in der Tiefgarage am Spitalplatz sind nach unserer Auffassung nicht in vollem Umfang nötig. Bei dieser Position (V29, 12.5460.01/6161011) sind wir der Ansicht, dass auf die Betonsanierungen an der Decke und an den Wänden zunächst verzichtet werden kann, wodurch ein Ausgabenersparnis von 440.000.- Euro erzielt wird. Über den Einsatz oder die Verwendung dieses Betrages kann man diskutieren oder den städtischen Überschuss verbessern.

Über die Rudolf-Harbig-Halle und einen Bauabschluss haben wir bisher noch nichts erfahren obschon der Sportbetrieb fleißig wieder aufgenommen wurde. Gerne würden wir auch etwas über die Einsparungen an den Unterhaltskosten erfahren, die wohl durch die eingebaute neue Technik erreicht werden müsste.

Beim Ausbau der Feldwege (V46- 12.5410.01/2009INV108) ist die Überlegung, mit welchen Baumaßnahmen gemäß dieser vorgenannten Dokumentation gerechnet wird um einen Betrag von 150.000.- € zum Ansatz zu bringen.

Bei der von uns mit beantragten Rathaussanierung kommen wir sehr bescheiden, aber doch weiter. Erfreulich ist hier für uns, dass nun ein großer Teil der Fraktionen die längst überfällige Sanierung positiv mitträgt.

Positiv möchten wir auch erwähnen, dass das neu zum Einsatz gekommene Dünnasphaltverfahren ein sehr gutes Ergebnis gebracht hat. Sofern die Langzeitergebnisse positiv ausfallen, so wäre dies eine kostengünstige Lösung zur Sanierung schlechter Straßenbeläge.

Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, dass die soziale und kulturelle Arbeit in unserer Stadt eine Vorbildliche ist, die wir gerne und jeder Zeit in vollem Umfang unterstützen und künftig auch unterstützen werden.

An dieser Stelle komme ich zum Schluss, mit einem aufrichtigen Dank an die Verwaltung und an den Magistrat der Stadt Viernheim, die uns bei Rückfragen und Klärungen stets hilfreich zur Seite standen; nicht zuletzt auch mit einem herzlichen Dank an die vielen Viernheimer, die unsere Arbeit schätzen und uns mit ihren Anregungen stets begleiten.

Dank aber auch an alle fairen Mitstreiter in allen Gremien für die gemeinsamen Diskussionen und sachlichen Auseinandersetzungen zum Wohle unserer Stadt und unsere Bürger. Hier sitzen 45 Stadtverordnete, die ein Ziel haben, nämlich das Beste für die Stadt Viernheim zu leisten, auch wenn die Meinungen unterschiedlich sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Winkenbach hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Sehen wir wirklich „Licht am Ende des Tunnels“? Zweifellos ja – ein verbesserter KFA und eine überraschende Ankündigung einer Finanzspritze belegen dies. Die Frage ist nur, welches Tunnelende denn erreicht ist: der KK-Tunnel, der Schutzschirm-Tunnel mit seinen engen Grenzen? Ist dieser Ansatz von Optimismus aber auch eine realistische Sicht? Ist es nicht eher wie auf einer Schweizer Autobahn oder „grün“ ausgedrückt wie auf der ICE-Strecke Hannover-Würzburg. Der nächste Tunnel kommt, ist längst schon da. In Kürze wird ein gigantischer KK-Berg Geschichte sein – und das ist in der Tat eine großartige Gemeinschaftsleistung. Man kann nur mit großer Erleichterung feststellen, dass da eine Zeitbombe rechtzeitig entschärft wurde, die den finanziellen Spielraum der nächsten Generation nicht mehr gefährdet. Sehr präsent aber bleiben enorme Invest-Kredite, die uns 1 Mio. € im Jahr binden! Ja, sie besitzen die unvergleichliche Schönheit eines realen Gegenwertes. Doch die Risiken bei möglicherweise steigenden Zinsen bleiben. Vor diesem Hintergrund war es bis vor kurzem noch unverantwortlich, mit dem Hinweis auf derzeit niedrige Zinsen das Riesenprojekt Rathaus angehen zu wollen. Nun hat sich die Sachlage geändert. Die finanziellen Spielräume scheinen schneller wieder da zu sein als erwartet. Aus unserer Sicht ist eine grundsätzliche Zustimmung zur Inangriffnahme des Rathausprojekts möglich. Nicht akzeptieren können eine große Mehrheit der Fraktion und der regelmäßig an unserem Meinungsbildungsprozess Beteiligten die Vorgehensweise. Man befürwortet eine Neubaulösung und warnt vor enormen Risiken, wenn man im Altbestand saniert. Kostensteigerungen sind hier sehr viel wahrscheinlicher zu erwarten – eine alte Erfahrung bei Grundsanierungen. Groß ist die Skepsis, ob während der Arbeiten überhaupt noch jemand im Haus arbeiten kann und daher unkalkulierbare Folgen für die reibungslose Tätigkeit einer Verwaltung und zusätzliche Mietkosten anfallen. Die Grünen bedauern es sehr, dass die derzeitige Festlegung der großen Parteien keine Perspektive für eine Bürgerbeteiligung bietet. Dessen ungeachtet werden wir uns an Sachfragen und Entscheidungen in bewährter Manier beteiligen. Über dieses Großprojekt hinaus werden wir sehr genau hinschauen, was in Viernheim ansteht; für uns wird es keine Einbahnstraße für das erwartete Hessenkassen-Geld geben.

Sehen wir auf die Positivseite unserer Stadt.

Froh können wir sein um unserer Kitas. Nach einer Aufmerksamkeitspanne bei der Beobachtung des Kita-Platzbedarfs werden wir wieder gut aufgestellt sein. Die enorme Summe, die wir da ausgeben, ist bestens angelegtes Geld. Wir freuen uns sehr über das verstärkte finanzielle Engagement der schwarz-grünen Landesregierung, schicken aber gleich die alte Forderung nach: Bildung muss grundsätzlich von der Allgemeinheit getragen werden; vor der Schule kommt der frühkindlichen Bildung und Erziehung mindestens die gleiche Bedeutung zu. Die finanzielle Grundausstattung muss bald ganz von „oben“/vom Land kommen. Und wir vor Ort streiten uns „nur“ noch um die Qualität. Vor Jahren hatten wir im Konsens aller Parteien die Mindeststandards des KiFöG hinter uns gelassen und unsere Standards durch die kargen Jahre der Finanzkrise gerettet. Von den Empfehlungen des Kreisjugendamtes allerdings sind wir mit einigen Einrichtungen noch deutlich entfernt! Wir sehen hier ein dankbares Handlungsfeld sozialer Politik in unserer Stadt.

Ebenfalls sehr positiv sehen wir die tolle Kooperation von Bürgern und Verwaltung im Zusammenhang mit dem Programm Stadtumbau Hessen. Wir wünschen sehr, dass viele Ideen aus dem integrierten Handlungskonzept Impulse für den Stadtteil geben und damit richtungsweisend für andere sind.

Umwelt- und Naturschutz nicht zu vergessen: Die Bienen sind nicht nur auf Grünen Parteitagern vertreten, sie summen auch hier im Parlament und drum rum. Die Wasserversickerung im Stadtgebiet ist aus dem Schlammloch, wird mittlerweile auf breiter Basis mitgetragen und trägt auch an alten „Hotspots“ mit vielen Sinnen wahrnehmbar zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt bei. Es ist sicher angebracht, den Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen von zahlreichen Kleinentscheidungen zu entlasten, dem Magistrat die Ehre zu erweisen oder besser gleich die Verwaltung nach vorliegendem Regelwerk arbeiten zu lassen.

Sehr begrüßt haben wir schon vor längerer Zeit die Nachricht, dass der ADFC in der Verkehrs-AG vertreten ist und somit direkt an den zahlreichen kleinen und großen Verkehrsproblemen quasi in eigener Sache mitreden und beraten kann. Damit komme ich allerdings auf ein Thema, das in den letzten Monaten in grünen Kreisen so richtig für Frust gesorgt hat. Nach Jahren kam endlich ein Uralt-Antrag in den Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen mit einer Kostenschätzung (Danke!), und deutlicher Ablehnung: Fahrradstraße nein, zu unsicher (welche Verdrehung von Intentionen), und und ...

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Kürzung des Ansatzes um 420.000 €

Produktbereich 12

12.5410.01 Investitionen Straßen, Wege, Plätze

Aufnahme von 420.000 € zur Einleitung einer Verkehrswende zugunsten des Fußgänger- und Radverkehrs

Ein zweiter, lange angekündigter und wegen unserer Unterstützung des Sparkurses lange nicht formal gestellter Antrag wurde im Frühjahr in den Ausschuss verwiesen, verbunden mit der Bitte, eine Planung für die Beratung des Haushalts 2018 vorzulegen. Gern hätten wir Kosten haushaltsrelevant präzisiert. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als wild zu greifen. Was bietet sich da besser an als den Riesenbetrag für die Sanierung der Tiefgarage um die nicht sofort notwendigen Gelder zu kürzen (420.000 €) und in die Verbesserung der Radverkehrssituation zu stecken. Haushaltstechnisch nicht ganz einfach, wie wir uns haben sagen lassen. Aber wir erklären hier unseren politischen Willen. 690.000 € nur für Autos und das ist ein Teilbetrag einer Maßnahme! Was kann besser vor Augen führen wie schlagseitig unsere Verkehrspolitik ist. Klar sind wir Grünen auch in einem Dilemma, wir wollen genauso wenig eine Vernachlässigung unserer Gebäudesubstanz. Tempo-30-Zonen, Car-Sharing-Angebote, Bürgersteigbefreiungen gibt es. Gut so! Wir wollen der innerstädtischen Verkehrswende einen Schub geben, ganz konkret mit einem niemals in Frage gestellten Vorschlag des Verkehrsentwicklungsplans, für den es schon vor Jahren Pläne gegeben haben soll. Verkehrswende vor Ort schließt ein, Fußgängern zu ihrem Weg zu verhelfen. Bürger, allein, zu zweit, mit Kinderwagen, mit Rollstuhl sollen ihre Besorgungen erledigen können, ohne ständig anzuecken, unfreiwillig Autos zu putzen oder auf die Straße ausweichen zu müssen.

Ein weiteres Thema, das bei den Grünen einhellige Ablehnung findet, sei hier nur am Rande angesprochen. Wir lehnen die Bestrebungen einer Stadterweiterung über die Autobahn rundweg ab und damit alles, was sich in diesem und im nächsten Haushalt dazu findet. Lobend will ich an dieser Stelle lediglich erwähnen, dass die Verwaltung bei der Bürgerversammlung dem Sprecher des BUND Gegenredezeit einräumte. Sehr fair! Überraschend auch für mich: der starke Applaus auf den Beitrag! Sollten wir nicht hinterfragen wie repräsentativ der war? Ist es das Licht am Ende eines an-

deren langen Tunnels, wenn Bürger verstärkt erkennen, dass hemmungsloser Landschaftsverbrauch mit hohem Tempo einfach falsch ist?

Zu den Anträgen: Der Antrag, der eine Reduzierung um 30.000 € beim Ansatz 13.5510.01 Öffentliche Anlagen 6165016 Unterhaltung der Anlagen, vorsah, wird zurückgezogen.

Ich möchte schließen mit einem Dank an die Verwaltung. Dieser Dank hat dieses Mal aber einen ganz besonderen Namen. Dass Herr Scholz in den Ruhestand geht, ist mehr als nur ein Satz wert. Sehr geehrter Herr Scholz, wir Grüne und ich ganz besonders, möchten uns für eine sehr lange und äußerst geduldige Zusammenarbeit und Zuarbeit bedanken. Es war sicher nicht ganz einfach für Sie. Man war nicht immer einer Meinung. Das ganz besondere war, dass diese Zusammenarbeit in undankbaren Zeiten erfolgen musste, in Zeiten von Streichen, in Zeiten, in denen das Land der Stadt das Geld abgegraben hat. Sie waren da ein „Fels in der Brandung“. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihren Ruhestand!“

FDP-Fraktionsvorsitzender Bernhard Kammer hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Herzlich willkommen meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste. Ich begrüße Sie alle im Namen der FDP Viernheim sehr herzlich zur heutigen Stadtverordnetenversammlung und der Debatte um den Haushalt 2018.

Zu Beginn möchte ich mich bei der Verwaltung und insbesondere bei Herrn Scholz für die letzten Jahre und die gute und offene Arbeit bedanken.

Um in die Zukunft zu blicken, sollte man auch in die Vergangenheit schauen. Vor einem Jahr habe ich mich darüber gefreut, dass ein Konsolidierungskurs eingeschlagen wurde. Ich sagte auch, dass die FDP darauf achten wird, dass dieser Kurs fortgesetzt wird. Und nun wurde uns erneut ein Haushalt vorgelegt, der das Ergebnis des kommunalen Rettungsschirmes und der vergangenen Kommunalwahlen ist. Der Haushalt wird weiterhin konsolidiert und das Tempo der Konsolidierung sogar erhöht. Daher sind wir mit dem Haushalt im Ansatz zufrieden. In Gesprächen mit anderen Parteien wurde klar, dass die noch vorhandenen Einsparpotenziale erkannt wurden und zu passenden Anträgen geführt haben. Aus diesem Grund haben wir uns dazu entschieden, in diesem Jahr keine eigenen Anträge zu stellen, sondern die vorhandenen guten Ansätze, wie man weitere Einsparungen erreichen kann, mitzutragen.

Uns ist eine Formulierung im Haushalt aufgefallen, die einer Klarstellung bedarf. Es ist die Rede davon, dass Viernheim erhebliche eigene Anstrengungen unternommen hat, um das Haushaltsdefizit zu senken. Blicken wir auch dazu in die Vergangenheit. Ausgehend vom Jahr 2006 hatte man es geschafft, die Investition- und Kassenkredite zusammen zu verdoppeln. 2012 hat man den Höchststand von insgesamt 64 Millionen Euro erreicht. Durch die Zahlungen des kommunalen Rettungsschirmes beliefen sich die Kredite dann zunächst auf 51 Millionen Euro. Auch in den zwei Folgejahren wurden die Kredite nicht weniger, sondern sind etwa gleichgeblieben. Erst 2016 gab es die erste spürbare kleine Senkung. Als Anstrengungen, die Viernheim dazu unternommen hat, werden drei Steuererhöhungen und zwei Gewinnabführungen aus Unternehmen genannt, die der Stadt Viernheim mindestens zum Teil gehören. Dies sind aber keine Anstrengungen der Stadt Viernheim. Die Gewinne der Firmen resultieren aus den Beiträgen der Bürger. Die Steuererhöhungen betreffen die Bürger und die Unternehmen vor Ort. Diese Maßnahmen wurden auch keineswegs freiwillig getroffen. Der abgeschlossene Vertrag über den kommunalen Rettungsschirm hat die Stadt dazu gezwungen. Die dann folgende Kommunalwahl hat eindrucksvoll gezeigt,

dass die Bürger dies verstanden haben und dass ihnen das Tempo und die wirklichen eigenen Anstrengungen der Stadt noch deutlich zu gering waren.

Im letzten Jahr habe ich ebenfalls gesagt, dass das entscheidende Thema für die FDP in 2017 sein wird, dass die Frage gelöst wird, was mit dem Rathaus passiert. Und auch hier ist die Entwicklung erfreulich. In einer gemeinsamen Anstrengung mit der WGV, der UBV und der CDU ist es uns gelungen, die Weichen für die dringend notwendige Sanierung des Rathauses zu stellen und der Verwaltung sehr deutlich zu machen, dass wir im Sinne der Angestellten und der Viernheimer Bürger eine weitere Verzögerung nicht hinnehmen werden.

Dass seitens der SPD öffentlich geäußert wird, man würde jetzt „das Rathaus freigeben“, obwohl der Beschluss einer Mehrheit der Stadtverordneten schon längst getroffen wurde, ist mehr als irritierend. Die Entscheidung war zu diesem Zeitpunkt längst gefallen. Es waren vier andere Parteien, die erkannt haben, dass eine immer weiter fortdauernde Verzögerung nur noch mehr Geld kosten wird. Auch in schlechteren finanziellen Lagen darf man nicht völlig vergessen, dass notwendige Investitionen dann getätigt werden müssen, wenn die Kosten dafür am geringsten sind. Denn sonst werden die stetig steigenden Kosten so lange in die Zukunft verschoben, bis man sie sich entweder gar nicht mehr leisten kann oder es andere politische Mehrheiten gibt, denen man den schwarzen Peter für die dann nicht mehr zu verhindernde Ausgabe zuschieben kann. Ich bin froh darüber, dass wir auf weitere Parteien getroffen sind, die ebenfalls erkannt haben, was wirtschaftlich sinnvoll ist. Dass man sich die Renovierung des Rathauses vor dem versprochenen Geldsegen des Landes nicht hätte leisten können, ist ein Märchen. Es gab diesbezüglich niemals Verhandlungen, sondern nur eine Vorabsprache mit dem Regierungspräsidium, das zu Recht darauf hingewiesen hat, wie wichtig eine solide Finanzierung und die Begründung der Notwendigkeit wären. Wir sind davon überzeugt, dass mit dem notwendigen politischen Willen der handelnden Personen auch ohne das Geld des Landes eine positive Entscheidung getroffen worden wäre. Ein weiteres Indiz dafür sind die äußerst erfreulichen Zahlen, die wir über mögliche Förderprogramme erfahren haben. So wird es nicht nur möglich sein, einen Zuschuss zur Renovierung in Millionenhöhe zu erhalten, sondern auch noch niedrigere Zinsen, als es derzeit am Kapitalmarkt möglich wäre.

Ich hoffe daher, dass diese Diskussionen nun abgeschlossen sind und wir mit allen Parteien dieser Stadtverordnetenversammlung einen konstruktiven Weg gehen können, um das Rathaus bestmöglich wieder zu einem Gebäude zu machen, auf das die Viernheimer Bürger stolz sein können. Unter dem bestmöglichen Weg stellen wir uns vor, dass er so schnell wie möglich beschritten wird und darauf geachtet wird, dass das Rathaus funktional ist, zukunftssicher und auf unnötige Ausgaben verzichtet wird.

Die kommenden Wahlen in Hessen werfen bereits jetzt ihren Schatten voraus. Die FDP wird daran arbeiten, dass die zukünftige Landesregierung erkennen wird, welche finanziellen Lasten die Kommunen durch Vorgaben des Landes zu tragen haben und dass beispielsweise im Bereich der Kindergärten endlich das Prinzip eingehalten wird, dass derjenige bezahlt, der eine Leistung bestellt - nämlich das Land. Dass das Land ab 2018 Beitragsfreiheit für Kindergärten möchte, gleichzeitig aber den Kommunen dies nur für sechs Stunden am Tag ersetzt, bedeutet für uns Kommunalpolitiker nichts anderes, als dass wir den Eltern erklären müssen, dass sie die Differenz zu realistischen acht bis zehn Stunden doch selbst bezahlen müssen, oder die Kommunen mit dieser Differenz belastet werden. Alle Parteien sollten gemeinsam

darauf dringen, dass die laufenden Nachverhandlungen dazu führen, dass das Land für eine vollständige realistische Beitragsfreiheit aufkommt.

Für das nächste Jahr wünsche ich mir, dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung durch einen größeren und schnelleren Informationsaustausch verbessert wird. Ich wünsche mir, dass wir mit allen Parteien trotz des anstehenden Wahlkampfes fair über die zukünftige Entwicklung unserer Stadt diskutieren und die besten Lösungen finden können. Weil die FDP Viernheim weiterhin vor allem für zwei Punkte einsteht und kämpfen wird: Freiheit und Verantwortung.“

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Weißenberger sagte zum Haushalt:

„Die finanzielle Lage ist besser geworden, schreibt uns aber noch lange nicht auf eine Sanierung des alten Kastens fest. Nach wie vor sind wir der Meinung, dass ein kleines, smartes Bürgerbüro in der Stadt genügen würde, ein sogenanntes „Rathäusschen“. Dazu ein technisches Rathaus.

Den Haushalt werden wir natürlich ablehnen, weil er zum großen Teil aus Erlösen besteht, der in den Neubaugebieten Schmittsberg, Bannholzgraben usw. erwirtschaftet wird. Der Plan, noch über die Autobahn Mannheim-Weinheim hinaus zu gehen ist der nächste Schritt, Geld zu generieren.

Das Wasserspiel ist übrigens sehr schön geworden.“

1. Stadtrat Bolze nahm Stellung zu den Anträgen:

„Die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2018 insgesamt, aber v.a. auch die Erstellung seines Investitionsprogrammes gestaltete sich auch in diesem Jahr wieder mal als echte Herausforderung.

Schon früh war klar, dass sich nicht alle für notwendig befundenen Investitionen, v.a. solche in die so wichtige Infrastruktur, werden realisieren lassen.

Die Baulandentwicklung Bannholzgraben II, die Planung und Realisierung der neuen Kindertagesstätte oder der Umbau der ehemaligen Post für unsere Polizei, eine neue Drehleiter sowie die Überlegungen zum Spielplatz Spitalplatz werfen große Schatten auf das I-Programm und nahmen und nehmen Einfluss auf alle anderen - doch auch so nötigen – Investitionsmaßnahmen.

Zur Einhaltung der Vorgaben zur Netto-Neuverschuldung mussten also wieder schmerzhaft Korrekturen vorgenommen und Überlegungen zum ob, der Höhe und dem wann angestellt werden, bei bspw.

- landschaftspflegerischen Maßnahmen
- Inlinersanierungen
- Diversen Straßenbau-/Sanierungsmaßnahmen
- Und auch bei den Kreuzungsplanungen

Ich bin froh, dass wir Ihnen auch in diesem Jahr ein I-Programm vorlegen können, welches trotz der ganz besonderen Herausforderungen doch noch ein klein wenig den Abbau des Investitionsstaus aus der Vergangenheit zulässt.

Aber:

Das Ihnen vorliegende I-Programm hat wirklich alles ausgereizt, was geht.

Es ist hinsichtlich seiner Komplexität und seiner Anfälligkeit in Bezug auf Änderungen als hochgradig fragil zu bezeichnen. Und deshalb bedanke mich an dieser Stelle

bei Ihnen allen für Ihren moderaten Umgang mit den Investitionsvolumina, denn Ihre Anträge zeigen - der Finanzsituation geschuldet – Augenmaß.

Lassen Sie mich nun zu den Anträgen kurz Stellung beziehen:

UBV:

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV006 Umbau KVP Mannheimer-/Karl-Marx-Straße

12.5410.01 0960010 2016INV004 Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstraße

Streichung der beiden geplanten Kreisverkehrsplätze

Antrag der UBV zum ersatzlosen Streichen der beiden Umbaumaßnahmen zu einem Kreisverkehrsplatz

- *Mannheimer Straße/Karl-Marx-Straße*
- *Karl-Marx-Straße/Rathausstraße.*

Dem Antrag muss ich entgegenhalten, dass der Maßnahmen-Katalog zum Verkehrsentwicklungsplan für beide Planungen auf der Basis eines aufgestellten Mängelkatasters aufzeigt, dass es hier regelmäßig zu Rückstaus und gefährlichen Situationen kommt.

Rückstaus weit in die Weinheimer Straße hinein ab Ecke Karl-Marx-Straße sind ja fast schon Standard – wer von uns hat da noch nicht im Stau gestanden?

Und für viele Verkehrsteilnehmer ist just diese Kreuzung verkehrsrechtlich „recht undurchsichtig“!

Und dass am Knotenpunkt Karl-Marx-Straße / Rathausstraße die Verkehrssituation aufgrund des unübersichtlichen Einmündungsbereiches auch keine gute ist und es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt, das wissen doch wir alle.

Beide Planungsüberlegungen einen sog. Mini-Kreisel mit relativ geringem Außendurchmesser vor.

Für die jeweils festgestellten Verkehrsmengen ist vom Fachgutachter die sog. Verkehrs-Qualität (also Eignung) festgestellt worden.

Nicht ganz unbedeutend sind die Planungen auch für eine deutlich entspannte Umlaufzeit der Stadt-Buslinie bzw. perspektivisch eine Neuführung des Busverkehrs raus aus den Brückengärten.

Ich kann daher nur dringend anraten, diesen Antrag entweder zurück zu nehmen oder mehrheitlich abzulehnen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Mindestsanierung der Brückenbauwerke Vie01 und Vie02 über die L3111 statt Umbau in einen Kreisverkehr

Antrag der UBV zum ersatzlosen Streichen Umbaumaßnahme Kreuzung L3111 nördlich Wiesenwegbrücke.

Nun ja, was soll ich dazu sagen?

Der derzeitige Knotenpunkt L3111/Wiesenstraße ist aus verkehrlicher und umwelttechnischer Sicht höchst unbefriedigend.

Unnötige Umwegfahrten belasten die Umwelt, eine geordnete Lenkung v.a. des LKW-Verkehres in die Gewerbegebiete ist nicht sinnvoll gegeben.

Verkehrssicherheit, Lenkung des LKW-Verkehres, Lärminderung, all dies sind aber positive Aspekte der Planungsüberlegung.

Zudem kann bei Realisierung der Maßnahme ein barrierefreier Knotenpunkt geschaffen werden.

Gegenüber den Zahlen des VEP 2011/12 sind die Verkehrszahlen nochmals um gut 15 % gestiegen.

Ein an dieser Stelle gut geplanter Kreisverkehr kann sehr hohe Verkehrsaufkommen aufnehmen, lenken, verteilen und mit einem Minimum an Staus und der damit verbundenen Umweltbelastung effizient bewältigen.

Ich plädiere deshalb dringend dafür, diesen Antrag entweder zurück zu nehmen oder ihn mehrheitlich abzulehnen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßenneubau lt. Programm

Die Kosten der Baumpflanzungen werden auf maximal 100.000 € begrenzt

Antrag der UBV zum Reduzieren des Ansatzes bei „Straßenneubau lt. Programm“ (konkret „Kleine Neue Äcker“) von 252.000 € auf 100.000 €.

Dem gemeldeten HH-Ansatz liegt eine Kostenschätzung der Verwaltung mit im Ergebnis 252.000 € vor – und nicht weniger.

Werfen Sie bitte einen Blick in das heutige Beiblatt.

Geplant ist ein zeitliches Strecken der Maßnahme, 132.000 € für 2018 und 120.000 € für 2019.

Warum aber so zurückhaltend, liebe UBV? Verzichten wir doch gleich ganz auf diese Maßnahme! Wenn der Souverän einer Stadt es vollmundig beschließt und sinngemäß nach draußen schreit: „Liebe Leute – macht euch keine Sorgen falls ihr irgendwann beispielsweise beim Bau eures Hauses Stress wegen der Nichtumsetzung von Grünmaßnahmen bekommt, verweist einfach auf die Stadt Viernheim, die nehmen es mit eigens definierten Grünmaßnahmen innerhalb eines selbst geschaffenen Bebauungsplanes auch nicht so wirklich ernst.“

Was soll denn da noch übrig bleiben – vom Vertrauen in das rechtmäßige Handeln einer Stadt!

Ich sag ´s Ihnen: Nichts!

Sie können teilweise oder ganz verzichten auf die ausstehenden Maßnahmen, die Verwaltung bekommt das geregelt.

Aber die produzierte Außenwirkung wird sein: Die in Verne nehmen es mit eigenen Zielen und Vorgaben nicht ernst!

Bündnis 90/ Die Grünen:

Produktbereich 12

12.5410.01 Investitionen Straßen, Wege, Plätze

Aufnahme von 420.000 € zur Einleitung einer Verkehrswende zugunsten des Fußgänger- und Radverkehrs

So charmant der Vorschlag zur Verkehrswende mit Bereitstellung von 420.000 € daherkommt, leider sehe ich weder im Ergebnishaushalt, noch im Finanz-Haushalt dazu haushalterische Möglichkeiten.

Vor dem Hintergrund unserer Ziele

- *genehmigungsfähiger Haushalt*
- *ausgeglichener Haushalt in Folge*
- *Entlassung aus dem Rettungsschirm*
- *Einhaltung der Vorgaben zu Hessenkasse*

kann daher nur von der Annahme dieses Antrages abraten.

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Kürzung des Ansatzes um 420.000 €

Reduzierung des Ansatzes „Bauliche Unterhaltung der Tiefgaragen“ (konkret TG Spitalplatz) um 420.000 €.

In Kombination mit ähnlich lautendem Antrag der CDU Fraktion „Reduzierung des Ansatzes „Bauliche Unterhaltung der Tiefgaragen“ (konkret TG Spitalplatz) um 240.000 €“ aktuell heute modifiziert auf nunmehr NEU 220.000 €, wobei 20.000 € für die bauseitige Vorbereitung für Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge „im Topf“ verbleiben sollen.

Die CDU möchte auf die Beschichtung der Decke samt Unterzügen verzichten, Bündnis 90/Die Grünen darüber hinaus auch auf die Sanierung der Wände und Stützen:

Nun, beides geht.

Stimmen Sie beiden Anträgen ruhig zu, kein Problem.

Nur – akzeptieren Sie dann bitte aber auch, dass (mal wieder) die Stadt als Eigentümer – wider besseren Wissens - eben nicht verantwortungsbewusst mit eigenen Liegenschaften umgeht und (mal wieder) nur das akut Nötigste tut.

Nachhaltiges Wirtschaften geht grundsätzlich anders.

All das, was jetzt (obwohl erkannt) geschoben wird, wird in 2 – 5 – 7 – 10 Jahren definitiv weder besser, noch günstiger werden.

Allerdings sehe ich bei der Streichung dieser Mittel auch den Charme und die positiven Auswirkungen auf den planerischen Haushaltsüberschuss und ich sehe Möglichkeiten, mit Teilgeldern andere zu finanzieren.

Ja, vielleicht macht ja das „Schieben“ dann doch Sinn!

Darüber müssen Sie entscheiden.

CDU Fraktion:

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßeninstandsetzungen/Erneuerungen

Streichung der Maßnahmen „Stichstraße Robert-Koch-Straße“ und „Postparkplatz“

Die Planungskosten für den Post-Parkplatz (30.000 €) möchten Sie streichen. Ich verweise auf das heutige Beiblatt –Ifd. Nr. 31. Die Maßnahme Postparkplatz möchten wir schieben, Planung in 2019, Realisierung 2020.

Dass der Post-Parkplatz es dann – nach Abschluss der Baumaßnahme 3. BA – auch nötig hat, steht glaube ich außer Frage.

Hinsichtlich der beantragten Streichung der Stichstraße Robert-Kochstraße möchte ich nur die Frage in den Raum stellen, ob Sie den Bürgerinnen und Bürgern und den Anliegern wirklich den aktuell bestehenden Zustand auch noch unbestimmte weitere Jahre zumuten möchten.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2018INV006 Neugestaltung Spitalplatz

Sperrvermerk

Der Sperrvermerk zur Neugestaltung / Spielplatz Spitalplatz geht aus meiner Sicht in Ordnung.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Streichung der Brücke VIE09 (Edmund-Rieß-Straße) aus dem Maßnahmenkatalog und der Prioritätenliste

Mobilitätskonzept

Bereitstellung von 50.000 € zur Aufstellung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzepts

Die Aufnahme des Mobilitätskonzeptes mit einem Ansatz i.H.v. 50.000 € finde ich sehr gut.

Der Radverkehrsanteil des Verkehrsentwicklungsplanes ist eher rudimentär ausgebildet.

Ideen für neue, bessere Radwegeverbindungen, Radwegeausbau, Fahrradstraßen, überörtliche Radwegevernetzungen etc. gibt es zuhauf und haben auch mich im letzten Bauausschuss ein Plädoyer halten lassen – für ein zielgerichtetes, konzeptionelles Bearbeiten all dieser „aufploppenden“ Wünsche auf Basis eines Radwege(verkehrs)konzeptes.

Darf ich empfehlen, Ihren Antrag inhaltlich auf den Kern des diskutierten Anliegens, den Radverkehr, zu reduzieren?

Warum?

Ein Konzept zur ganzheitlichen Mobilität umfasst alle Spielarten derselben, also das, was Experten gerne mit dem Terminus „Modal Split“ umschreiben.

Eine ganzheitliche Betrachtung erfasst also die Bewegungen zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto und dem ÖPNV.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche „gute, nachhaltig wirksame Beratungen und Entscheidungen“.



Zur internen Beratung der Fraktionen wurde die Sitzung zwischen 18:40 Uhr und 19:05 Uhr unterbrochen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Bastian Kempf sagte zum Thema Bürgerbeteiligung bei der Rathaus-Frage, dass er zwar verstehen könne, dass es schwierig sei, die inhaltliche Kehrtwende zu begründen und dass man Argumente brauche. Es aber auf die Bürgerbeteiligung abzuwälzen, sei schwach. Es habe bereits zwei Bürgerbeteiligungen gegeben. Bei der ersten habe man das Ergebnis abgewogen und überstimmt. Die zweite sei die Kommunalwahl gewesen. Jederzeit hätte man ein Bürgerbegehren beantragen können.

Zu den Anträgen nahm er wie folgt Stellung:

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßenneubau lt. Programm

Die Kosten der Baumpflanzungen werden auf maximal 100.000 € begrenzt

Er beantragte, den Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen und in den zuständigen Ausschuss zu verwiesen. Hier soll der Sachverhalt diskutiert und eine Entscheidung getroffen werden.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV006 Umbau KVP Mannheimer-/Karl-Marx-Straße

12.5410.01 0960010 2016INV004 Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstraße

Streichung der beiden geplanten Kreisverkehrsplätze

Die CDU-Fraktion stimme zu, den Kreisverkehrsplatz Karl-Marx-/Rathausstraße zu streichen. Ecke Mannheimer-/Karl-Marx-Straße halte man einen Kreisel für absolut sinnvoll und richtig.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Mindestsanierung der Brückenbauwerke Vie01 und Vie02 über die L3111 statt Umbau in einen Kreisverkehr

Man vertrete weiterhin die Auffassung, dass an dieser Stelle ein Kreisverkehr Sinn mache und lehne den Antrag deshalb ab.

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Kürzung des Ansatzes um 420.000 €

Dies gehe über die eigenen Interessen hinaus. Die CDU-Fraktion bleibe beim eigenen Antrag zu diesem Thema.

Produktbereich 12

12.5410.01 Investitionen Straßen, Wege, Plätze

Aufnahme von 420.000 € zur Einleitung einer Verkehrswende zugunsten des Fußgänger- und Radverkehrs

Die CDU-Fraktion halte es für sinnvoll, zunächst ein Konzept zu erstellen (Mobilitätskonzept). Deshalb werde man diesen Antrag so ablehnen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Daniel Schäfer nahm Stellung zu den Anträgen der anderen Fraktionen:

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Kürzung des Ansatzes um 420.000 €

Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass man die Sanierung „richtig“ machen solle. Deshalb sollte man den Ansatz weder streichen noch schieben. Man habe die Maßnahme immerhin bereits einstimmig beschlossen gehabt.

Produktbereich 12

12.5410.01 Investitionen Straßen, Wege, Plätze

Aufnahme von 420.000 € zur Einleitung einer Verkehrswende zugunsten des Fußgänger- und Radverkehrs

Der Hintergedanke des Antragstellers sei nachvollziehbar, allerdings gerate der Haushalt bei einer Zustimmung in Schieflage. Es liege außerdem ein Verkehrsentwicklungsplan vor. Viele Dinge seien in Viernheim auch schon geschehen (gutes Radwegenetz, Busnetz usw.).

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Kürzung des Ansatzes um 220.000 €; 20.000 € sollen für die bauseitige Vorbereitung von bis zu 3 Stellplätzen mit Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge zur Verfügung stehen

Er verwies auf die Argumentation zum Antrag der Grünen. Die gute Idee, Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge zu schaffen, habe die Verwaltung aufgenommen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßeninstandsetzungen/Erneuerungen

Streichung der Maßnahmen „Stichstraße Robert-Koch-Straße“ und „Postparkplatz“

Durch das Beiblatt habe die Verwaltung die Maßnahme „Postparkplatz“ geschoben. Man müsse hier aber etwas tun, denn er sehe schlimm aus. Auch die Stichstraße Robert-Koch-Straße sehe nicht mehr gut aus.

Mobilitätskonzept

Bereitstellung von 50.000 € zur Aufstellung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzepts

Ein solches Konzept sei sinnvoll und man werde zustimmen, wenn es sich im Haushalt darstellen lasse.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2018INV006 Neugestaltung Spitalplatz

Sperrvermerk

Diesem Antrag könne man ebenfalls zustimmen. Man wünsche sich eine qualitativ hochwertige Lösung.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Streichung der Brücke VIE09 (Edmund-Rieß-Straße) aus dem Maßnahmenkatalog und der Prioritätenliste

Diesem Antrag könne man zustimmen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV006 Umbau KVP Mannheimer-/Karl-Marx-Straße

12.5410.01 0960010 2016INV004 Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstraße

Streichung der beiden geplanten Kreisverkehrsplätze

Er erläuterte, dass man diesen Punkt lange diskutiert habe. Man schlage vor, die Ansätze mit einem Sperrvermerk zu versehen und im Bauausschuss noch einmal ausführlich zu beraten.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Mindestsanierung der Brückenbauwerke Vie01 und Vie02 über die L3111 statt Umbau in einen Kreisverkehr

Er sagte, dass wohl kein geeigneterer Ort existiere, an dem ein Kreisverkehr so sinnvoll sei, wie an dieser Stelle. Man lehne den Antrag deshalb ab.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßenneubau lt. Programm**

Die Kosten der Baumpflanzungen werden auf maximal 100.000 € begrenzt

Die Kosten werden bereits durch das Beiblatt auf 2018 und 2019 aufgesplittet. Die Baumpflanzungen gehören zur Erschließung und man könne den Bürgern nicht nachvollziehbar erklären, warum man dies ausgerechnet hier nicht mache.

Anschließend nahm **UBV-Fraktionsvorsitzender Benz** Stellung zu den Anträgen der anderen Fraktionen:

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2012INV006 Umbau KVP Mannheimer-/Karl-Marx-Straße****12.5410.01 0960010 2016INV004 Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstraße**

Streichung der beiden geplanten Kreisverkehrsplätze

Man halte die Machbarkeit des geplanten Kreisverkehrs Mannheimer-/Karl-Marx-Straße zwar weiterhin für fraglich, werde den Antrag aber zurückziehen. Den Kreisverkehr Karl-Marx-/Rathausstraße wolle man weiterhin streichen bis zur Vorlage eines Verkehrskonzepts.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßenneubau lt. Programm**

Die Kosten der Baumpflanzungen werden auf maximal 100.000 € begrenzt

Man sei wegen der hohen Summe stutzig geworden. Es gebe dort bereits viele bepflanzte Baumbeete. Er fragte, wo hier noch so viele Bäume gepflanzt werden sollen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke**

Mindestsanierung der Brückenbauwerke Vie01 und Vie02 über die L3111 statt Umbau in einen Kreisverkehr

Die Überquerung der L3111 über die Brücke sei problemlos. Die Geschwindigkeit auf der L3111 sei durch Ampelanlagen und Blitzer bereits gut geregelt. Für Fahrradfahrer und Fußgänger sei eine Brücke sicherer.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßeninstandsetzungen/Erneuerungen**

Streichung der Maßnahmen „Stichstraße Robert-Koch-Straße“ und „Postparkplatz“

Die Situation in der Robert-Koch-Straße sei nicht so, dass ein Handeln dringend erforderlich sei. Deshalb werde man hier zustimmen. Die Maßnahme „Postparkplatz“ wurde von der Verwaltung geschoben.

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze**12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage**

Kürzung des Ansatzes um 220.000 €; 20.000 € sollen für die bauseitige Vorbereitung von bis zu 3 Stellplätzen mit Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge zur Verfügung stehen

Die Beleuchtung sei in einem sehr schlechten Zustand. Dies müsse man auf jeden Fall machen. Da dann die ganzen Kabel neu verlegt werden müssen, sei man auch der Meinung, dass die Decke mit überarbeitet werden sollte, damit später nicht die gesamte Lampenkonstruktion abmontiert werden müsse.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Wickenbach sagte zum Thema Rathaus, dass die Grünen keine Kehrtwende machen, sondern immer kostenbewusst gedacht und argumentiert hätten. Man habe schon vor Jahren von der Utopie gesprochen, dass vielleicht einmal solch ein Pott, wie nun die Hessenkasse, komme, der es ermögliche, aktiv zu werden.

Dann begründete er die Meinung seiner Fraktion zu den Anträgen:

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2012INV006 Umbau KVP Mannheimer-/Karl-Marx-Straße****12.5410.01 0960010 2016INV004 Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstraße**

Streichung der beiden geplanten Kreisverkehrsplätze

Vor vielen Jahren habe man diese Umbauten aus finanziellen Gründen abgelehnt. Man habe sie aber nie für nicht sinnvoll gehalten. Man plädiere dafür, die Kreisverkehrsplätze zu planen und im Ausschuss darüber zu diskutieren. Auch die Kreuzung Rathausstraße / Karl-Marx-Straße sei eine Gefahrenstelle.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßenneubau lt. Programm**

Die Kosten der Baumpflanzungen werden auf maximal 100.000 € begrenzt

Man lehne den Antrag ab. Grundsätzlich sei man sicher, dass mehr Bäume im Stadtgebiet notwendig seien, als gepflanzt werden können.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke**

Mindestsanierung der Brückenbauwerke Vie01 und Vie02 über die L3111 statt Umbau in einen Kreisverkehr

Hier habe es ein langes Ringen um eine Lösung gegeben. Alle seien der Meinung gewesen, dass ein Kreisel hier Sinn mache. Die Strategie war, so lange zu warten, bis die Brücke endgültig kaputt ist. Man lehne den Antrag deshalb ab.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung**12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßeninstandsetzungen/Erneuerungen**

Streichung der Maßnahmen „Stichstraße Robert-Koch-Straße“

Diesem Antrag werde man folgen.

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze**12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage**

Kürzung des Ansatzes um 160.000 €; 20.000 € sollen für die bauseitige Vorbereitung von bis zu 3 Stellplätzen mit Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge zur Verfügung stehen

Da abzusehen sei, dass der eigene große Antrag wohl abgelehnt werde, werde man diesem Antrag folgen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2018INV006 Neugestaltung Spitalplatz

Sperrvermerk

Diesem Antrag werde man folgen.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Streichung der Brücke VIE09 (Edmund-Rieß-Straße) aus dem Maßnahmenkatalog und der Prioritätenliste

Diesem Antrag könne man zustimmen, da das Gesamtbudget unangetastet bleibe.

Mobilitätskonzept

Bereitstellung von 50.000 € zur Aufstellung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzepts

Auch hier werde die selbst vorgeschlagene „große Lösung“ wohl keine Mehrheit erlangen. Man werde deshalb zustimmen, da es besser als nichts sei. Man sei aber nicht zufrieden, da man z.B. den mittleren Bereich des Bannholzgrabens endlich für Fahrradfahrer anbinden müsse.

Anschließend wurde über die Anträge abgestimmt:

Anträge der CDU-Fraktion:

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV103 Straßeninstandsetzungen/Erneuerungen

Streichung „Stichstraße Robert-Koch-Straße“ - 95.000 €

Abstimmung: 28 Ja-Stimme(n), 11 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Streichung „Beschichtung der Decke samt Unterzüge“ -220.000 €

Der Differenzbetrag von 20.000 Euro zum Ursprungsantrag soll für die bauseitige Vorbereitung (Verkabelung etc.) von bis zu 3 Stellplätzen mit Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge zur Verfügung stehen.

Abstimmung: 30 Ja-Stimme(n), 11 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2018INV006 Neugestaltung Spitalplatz

Die Maßnahme soll wie im Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen erörtert mit einem Sperrvermerk versehen werden. Sperrvermerk

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Die Brücke VIE09 (Edmund-Rieß-Str.) wird aus dem Maßnahmenkatalog und der Prioritätenliste gestrichen. Der Haushaltsansatz bleibt in der geplanten Höhe erhalten und steht für andere Bauwerke weiterhin in voller Höhe zur Verfügung.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Mobilitätskonzept

Zur Erstellung eines ganzheitlichen Mobilitätskonzepts für die Stadt Viernheim wird wie im Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen erörtert im Jahr 2018 ein Betrag von 50.000 Euro zur Verfügung gestellt. + 50.000 €

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Anträge der UBV-Fraktion:

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2016INV004 Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstraße

Ersatzlose Streichung des 2016INV004/0960010 „Umbau KVP Karl-Marx-/Rathausstr.“ Aus der Seite 415 aus dem Investitionsbereich 12.5410.01

Abstimmung: 24 Ja-Stimme(n), 17 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Die Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, den Ansatz mit einem Sperrvermerk zur versehen, war damit hinfällig.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2009INV098 Straßenneubau lt. Programm

Reduzierung der ausstehenden Baumpflanzungen im Erschließungsgebiet „Die kleinen Äcker“ laut Pos. 2009INV098/0960010 im Investitionsbereich 12.5410.01 gem. Seite V44 und 415 des vorliegenden Haushaltsplanes 2018 unter Berücksichtigung der bisher bestehenden Baumpflanzungen auf ein Minimum und die Kosten auf max. € 100.000.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Sperrvermerk und Verweis in den Ausschuss, der abschließend über den Sachverhalt entscheiden soll.

Abstimmung: 24 Ja-Stimme(n), 17 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Damit war die Abstimmung über den Ursprungsantrag der UBV-Fraktion hinfällig.

Produktbereich 12 Verwaltung von Straßen, Wege, Plätze u. Straßenbeleuchtungsverwaltung

12.5410.01 0960010 2012INV005 Instandsetzung Ingenieurbauwerke

Änderung des Investitionsprogramms 2009INV102/0960010 aus dem Investitionsbe-

reich 12.5410.01 „ Umbau der Kreuzungspunkte L3111 nördlich der Wiesenwegbrücke“ aus der Seite V45 des Haushaltsplanes 2018 der Stadt Viernheim in „Beauftragung der Mindestsanierung der Brücken Vie01 und Vie02“.

Abstimmung: 8 Ja-Stimme(n), 33 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Produktbereich 12 Öffentliche Parkplätze

12.5460.01 6161011 Bauliche Unterhaltung der Tiefgarage

Der Haushaltsansatz von 690.000,- € wird um 420.000,- € gekürzt. Die für die Sicherheit und gute Lichtverhältnisse erforderlichen Maßnahmen sollen durchgeführt werden.

Abstimmung: 4 Ja-Stimme(n), 34 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

Produktbereich 12

12.5410.01 Investitionen Straßen, Wege, Plätze

Es wird der Betrag von 420.000,- € in den Haushaltsplan aufgenommen. Mit den Mitteln soll die dringend notwendige Verkehrswende zugunsten des Fußgänger- und des Radverkehrs in Viernheim eingeleitet werden. Ziel ist eine hohe Akzeptanz von Fußgängern und Radfahrern im Straßenverkehr. Sichere und bequeme Wege innerorts sowie Verbindungen wichtiger und häufig genutzter Ziele sollen geschaffen werden. Arbeitsgrundlage sind die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Vorschläge des Verkehrsentwicklungsplanes.

Abstimmung: 6 Ja-Stimme(n), 34 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

Beschluss zur Beschlussvorlage zu TOP 1:

Die Verwaltung wird beauftragt auf Basis

- des positiven Jahresabschlusses 2016
- der positiven Haushaltsdaten 2017
- dem dann beschlossenen positiven Haushalt 2018

sowie

- den in Aussicht gestellten zusätzlichen investiven Fördermitteln aus der Hessenkasse

mit der Genehmigungsbehörde RP Darmstadt im 1. Quartal 2018 zu klären, wie die nötige Investition in das Rathaus-Gebäude sichergestellt werden kann und genehmigungsfähig ist.

Auf Basis dieser Genehmigungsfähigkeit wird die Verwaltung im 2. Quartal 2018 einen konkreten Beschluss zur Finanzierung und zur Beauftragung der weiteren Planung in die Gremien einbringen.

Im Haushalt 2018 wird a) für das Jahr 2019 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000 € aufgenommen und b) ein Betrag in Höhe von 20.000 € eingestellt. Bis zum Finanzierungsbeschluss sorgt die Verwaltung für die intern möglichen Vorarbeiten.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 1 a:

Dem Haushaltsplan 2018 wird – unter Berücksichtigung des Beiblatts und der Änderungen durch die beschlossenen Anträge– zugestimmt.

Abstimmung: 35 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 1 b:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt gem. § 114 h (3) HGO das Investitionsprogramm für die Jahre 2017-2021 unter Berücksichtigung des Beiblatts und der Änderungen durch die beschlossenen Anträge.

Abstimmung: 35 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 1 c:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt das vorliegende Haushaltssicherungskonzept.

Abstimmung: 39 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

2. Forum der Senioren

Die TOPs 2a, 2b und 2c wurden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten.

2 a. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 des Viernheimer Forum der Senioren

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Forum der Senioren vom 23.11.2017

2 b. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2017 des Viernheimer Forums der Senioren

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Forum der Senioren vom 23.11.2017

2 c. Beratung und Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2018 für das Viernheimer Forum der Senioren

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Forum der Senioren vom 23.11.2017

Auf o.a. Vorlagen wird verwiesen.

Beschluss zu TOP 2 a:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Jahresabschluss des Viernheimer Forums der Senioren für das Wirtschaftsjahr 2016 gemäß § 27 Absatz 3 des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes wie folgt fest:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 des Viernheimer Forums der Senioren weist bei
einer Bilanzsumme von 18.453.026,76 € einen Jahresüberschuss in Höhe von

171.206,18 €

aus.

2. Der Jahresüberschuss des Jahres 2016 in Höhe von

171.206,18 €

wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr zum **31.12.2016** wird in der vorliegenden Form festgestellt.

4. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 2 b:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2017 des Viernheimer Forums der Senioren die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM GmbH, Koblenz.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 2 c:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 4 der Betriebssatzung den Wirtschaftsplan 2018 für das Viernheimer Forum der Senioren in der vorliegenden Form mit folgendem Feststellungsvermerk:

§ 1: Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 wird

- im Erfolgsplan

in den Erträgen auf **€ 6.624.639,00**

in den Aufwendungen auf **€ 6.575.081,00**

Jahresgewinn € 49.558,00

- im Vermögensplan

in den Einnahmen auf **€ 1.351.539,00**

in den Ausgaben auf **€ 1.351.539,00**

festgesetzt.

§ 2: Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2018 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 904.360,-- € festgesetzt.

§ 3: Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4: Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2018 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf € 1.500.000,-- festgesetzt.

§ 5: Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2017 beschlossene Stellenübersicht.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Eigenbetrieb „Viernheimer Forum der Senioren“

3. Stadtbetrieb Viernheim

Die TOPs 3a, 3b und 3c wurden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten.

3 a. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2016 durch Herrn Dipl.-Kaufmann Thomas Aumüller, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Mannheim

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 23.11.2017

3 b. Prüfung des Jahresabschlusses 2017 – Bestellung eines Abschlussprüfers

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 23.11.2017

3 c. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2018

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 23.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Stv. Scheidel sagte, dass auf den Stadtbetrieb im neuen Jahr erhebliche Veränderungen zukommen. Auf den Wirtschaftsplan wird sich besonders auswirken, dass ab Mitte des Jahres die Fa. Hofmann schließt. Durch die Übernahme von Personal und Fuhrpark stehen größere Investitionen an. Eine neue Halle und ein Waschplatz werden erforderlich.

Er rief die Verwaltung dazu auf, folgende Fragestellungen zu beachten:

-Was hätte ich gerne?

-Was brauche ich?

-Auf was kann ich verzichten?

Zusätzlich werden auch zwei Stellen für die Grünpflege und die Straßenunterhaltung geschaffen. Man müsse zukünftig versuchen, Prozesse zu optimieren und Verbesserungen einzuleiten, anstatt einfach neues Personal einzustellen.

Der Stadtbetrieb ist auf dem Papier gut aufgestellt. Abschließend dankte er der Betriebsleitung.

Ehrenstv. Quarz sagte, dass er vor 3 Jahren an gleicher Stelle gesagt habe, dass der SVD auf einem guten Weg sei und sich eine positive Entwicklung abzeichne. Dies sei heute weiterhin so. Der Fehlbedarf konnte abgebaut werden durch einen Überschuss des Bauhofs. Der Verlust bei den Friedhöfen wurde weiter abgebaut. Hierbei müsse man betonen, dass man keine schwarze Null erreichen könne wegen der nicht-umlagefähigen Kosten. Für den Jahresabschluss 2016 gab es einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk, was bedeutet, dass es keinerlei Beanstandungen gab. Dafür dankte er der Verwaltung. Es werde für das kommende Jahr von einer weiteren Verbesserung des Ergebnisses ausgegangen, obwohl durch die Übernahme von Aufgaben, die bisher die Fa. Hofmann ausgeführt hat, hohe Investitionen auf den Stadtbetrieb zukommen.

Beschluss zu TOP 3a:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt gem. § 9 Ziffer 11. der Betriebssatzung für den Stadtbetrieb Viernheim - Dienstleistungen und entsprechend § 27 Ziffer 3 des Eigenbetriebsgesetzes den durch Herrn Thomas Aumüller geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2016 mit Lagebericht und Erfolgsübersicht des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen fest.
2. Der durch eigene Erträge/Erlöse sowie durch den Abschlag der Stadt auf den Verlust Friedhöfe (nicht umlagefähige Kosten in Höhe von € 391.800,00) für das Wirtschaftsjahr 2016 nicht gedeckter Jahresfehlbetrag von € 70.116,35 ist mit Haushaltsmitteln der Stadt auszugleichen.
3. Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 und über die Behandlung des Jahresergebnisses (Jahresfehlbetrag) ist in ortsüblicher Form bekannt zu geben.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 3b:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 13 der Betriebssatzung des Stadtbetriebes Viernheim i.V.m. § 7 Abs. 3 Nr. 7 des Eigenbetriebsgesetzes, den Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Herrn Thomas Aumüller, Mannheim, mit der Prüfung des Jahresabschlusses des SVD zum 31.12.2017 zum Honorar-Festpreis von € 8.000,00 einschl. Umsatzsteuer (gemäß Angebot) zu bestellen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 3c:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung des Stadtbetriebes Viernheim den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen in der 1. Fassung vom 10.10.2017.

Der nachfolgende Feststellungsvermerk ist Bestandteil dieses Beschlusses.

SVD-Wirtschaftsplan 2018

Seite 45

**Feststellungsvermerk
für den Wirtschaftsplan 2018
des Stadtbetriebes Viernheim**

Aufgrund der §§ 121, 127 und 127 a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und § 5 des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes (EBG) in den jeweils gültigen Fassungen hat die Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2017 für das Wirtschaftsjahr 2018 folgendes festgestellt:

§ 1 Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 wird

		EURO
1. im Erfolgsplan	in den Erträgen auf	€ 3.637.990,00
	in den Aufwendungen auf	€ 3.675.645,00
	ergibt ein Jahresergebnis von	-€ 37.655,00
2. im Vermögensplan	in den Einnahmen auf	€ 3.080.350,00
	in den Ausgaben auf	€ 3.080.350,00
	festgesetzt.	

§ 2 Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2018 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf € 2.175.322,00 festgesetzt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2018 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf € 1.400.000,00 festgesetzt.

§ 5 Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2017 als Teil des Wirtschaftsplanes beschlossene Stellenübersicht.

Viernheim, den 11.12.2017
Der Magistrat der Stadt Viernheim

Bolze, 1. Stadtrat

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb

[4. 1. Nachtrag zur Friedhofsordnung der Stadt Viernheim vom 16.10.2014](#)

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 06.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf des vorliegenden 1. Nachtrages zur Friedhofsordnung der Stadt Viernheim vom 16.10.2014 als Satzung.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb

5. Neufassung der Friedhofsgebührenordnung der Stadt Viernheim 2017

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 06.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf der vorliegenden Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Stadt Viernheim in der Neufassung 2017 als Satzung.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb

6. Senkung der Kanalbenutzungsgebühren ab 01.01.2018

Bezug: Vorlage des Kämmereramtes vom 21.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch sagte, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Senkung der Schmutzwassergebühr von 1,50 € auf 1,47 €/m³ und der Niederschlagsgebühr von 0,82 € auf 0,78 €/m² befestigte Fläche zum 01.01.2018 laut beigefügten 2. Nachtrag der Entwässerungssatzung zu.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereramt

7. Erhöhung der Beförderungsentgelte im Frauennachtfahrdienst

Bezug: Vorlage der Frauenbeauftragten vom 22.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch sagte, dass es eine kurze Diskussion über das Nutzerverhalten gegeben habe. Dann habe der Ausschuss einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Anhebung der Gebühren des Frauennachtfahrdienstes von

1. Einzelfahrkarten Mietwagen (s. § 6 des Vertrages / **Anlage 3**) ehemals 4,30 Euro, auf **neu 4,50 Euro**.
2. Die Bezuschussung der Taxikarten von Seiten der Stadt an die Taxiunternehmen

- Einzelfahrkarte Mietwagen- wird von ehemals 1,20 Euro, auf **neu 1,50 Euro** erhöht.

3. Für das Jahr 2018 sind die Kosten in Höhe von ca. 415,- Euro (Kosten Druck 10.000 Fahrkarten) sowie die durchschnittlich zu erwarteten Mehrkosten von ca. 692,- Euro für die Bezuschussung bereits im Haushaltsansatz von 6.000,- Euro enthalten.
4. Die Neuregelung tritt zum 01.01.2018 in Kraft.

Abstimmung: 39 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Frauenbeauftragte, Bürgermeister, OA

8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 254-1 „Wildbannstraße 11“ Hier: Änderung des Durchführungsvertrages

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 22.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf sagte, dass § 7 a präzisiert werden sollte: „a) **das Dach** des Gartenhauses wird...“
Die Verwaltung wurde gebeten, zukünftig von vorneherein auf die Formulierungen zu achten.

Beschluss:

Es wird beschlossen, der Änderung zum Durchführungsvertrag vom 13.06.2014 zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 254-1 „Wildbannstraße 11“ gemäß der Anlage (inkl. der Präzisierung) zuzustimmen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Wifö

(neu) 9. Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am Alten Weinheimer Weg“

1. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am alten Weinheimer Weg“

2. Satzungsbeschluss über eine Veränderungssperre

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 29.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf sagte, dass der Ausschuss dem Vorschlag zugestimmt habe, einen Bebauungsplan mit Veränderungssperre aufzustellen, um die aufgeführten Nutzungen zu unterbinden.

Beschluss:

1. Es wird beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 282-2 „Walter-Gropius-Allee/Am Alten Weinheimer Weg“ aufzustellen.

Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 11.800 m² und umfasst den Bereich nördlich der Walter-Gropius-Allee und östlich der L3111/Am Alten Weinheimer Weg. Er wird begrenzt:

- im Norden durch die Walter-Gropius-Allee,
- im Osten durch die östliche Grenze des Flurstückes, Gemarkung Viernheim, Flur 62, Nr. 46/2
- im Westen durch die Straße „Am Alten Weinheimer Weg“
- im Süden durch die nördliche Grenze des Flurstückes, Gemarkung Viernheim, Flur 62, Nr. 68.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 282-2 ist im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) dargestellt.

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Nach § 13a Abs. 3 BauGB ist weiterhin ortsüblich bekanntzumachen, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.

2. Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 282-2 „Walter-Gropius-Allee/Am Alten Weinheimer Weg“ wird eine Veränderungssperre erlassen.

Der Satzungstext (Anlage 2) ist öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Wifö

(neu) 10. Neuerrichtung des Spielplatzes in der Grünanlage Am Spitalplatz in Folge der Bebauung als Hospiz

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 08.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Bastian Kempf verwies auf die Haushaltsberatungen zu diesem Thema.

Auszug: ASU, BVLA

(neu) 11. Antrag der Fraktion DIE LINKE: Sicherer Schulweg. Von Schule zu Schule!

Bezug: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.10.2017

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Der Fraktionsvorsitzende von DIE LINKE Weißenberger sagte, dass sich der Antrag wegen des Beschlusses eines „Mobilitätskonzepts“ bei den Haushaltsberatungen erledigt habe.

Auszug: Ordnungsamt, ASU

(neu) 12. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: „Ultranet – HGÜ“

Bezug: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 26.11.2017

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Ehrenstv. Winkenbach sagte, dass die Trassenertüchtigung nicht unter die Neubauregelungen falle. So müsse z.B. der Mindestabstand von 400 Metern zur Wohnbebauung nicht eingehalten werden. Man sei es den betroffenen Bürgern schuldig, bessere Lösungen zu finden. Deshalb sollte die Bundesnetzagentur um eine andere Lösung gebeten werden. Außerdem sollte die ausführende Firma vor Ort durch eine Informations-Veranstaltung die Bürger informieren.

Stv. Bastian Kempf sagte, dass man inhaltlich zu dem Thema nichts sagen könne. Es fehlen Informationen. Deshalb sehe man sich außer Stande, einen Beschluss zu fassen.

Stv. Schäfer bestätigte die Aussagen von Stv. Kempf. Für die SPD-Fraktion gelte das gleiche.

1. Stadtrat Bolze erklärte, dass im Magistrat im Rahmen des Landesentwicklungsplans darüber gesprochen und eine Stellungnahme abgegeben wurde. Man wisse selbst nichts Näheres. Ein Planfeststellungsverfahren gebe es nicht.

Stv. Bastian Kempf beantragte wegen der knappen Frist einen Verweis in den Magistrat.

Beschluss:

Der Sachverhalt wird in den Magistrat verwiesen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 41 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU

ENDE DER SITZUNG: 20:30 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

(Norbert Schübeler)

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

(Philipp Haas)

F.d.R.d.A.

(Amtmann)

INHALTSVERZEICHNIS

1. Haushaltsberatungen

Beschlussvorlage zu TOP 1 Weitere Verfahrensweise Rathaus

1 a. Beratung des Haushaltsplanes 2018

1 b. Investitionsprogramm 2017-2021

1 c. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 Abs. 4 HGO

2. Forum der Senioren

2 a. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 des Viernheimer Forum der Senioren

2 b. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2017 des Viernheimer Forums der Senioren

2 c. Beratung und Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2018 für das Viernheimer Forum der Senioren

3. Stadtbetrieb Viernheim

3 a. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2016 durch Herrn Dipl.-Kaufmann Thomas Aumüller, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Mannheim

3 b. Prüfung des Jahresabschlusses 2017 – Bestellung eines Abschlussprüfers

3 c. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2018

4. 1. Nachtrag zur Friedhofsordnung der Stadt Viernheim vom 16.10.2014

5. Neufassung der Friedhofsgebührenordnung der Stadt Viernheim 2017

6. Senkung der Kanalbenutzungsgebühren ab 01.01.2018

7. Erhöhung der Beförderungsentgelte im Frauennachtfahrdienst

8. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 254-1 „Wildbannstraße 11“
Hier: Änderung des Durchführungsvertrages

(neu) 9. Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am Alten Weinheimer Weg“
1. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 288 „Walter-Gropius-Allee/Am alten Weinheimer Weg“
2. Satzungsbeschluss über eine Veränderungssperre

(neu) 10. Neuerrichtung des Spielplatzes in der Grünanlage Am Spitalplatz in Folge der Bebauung als Hospiz

(neu) 11. Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Sicherer Schulweg. Von Schule zu Schule!

(neu) 12. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
„Ultranet – HGÜ“